

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2015



**„Vernichtendes Zeugnis“ aus Karlsruhe
Haftbedingte Gesundheitsschäden
Eine Schulklasse flieht**

Aktuell

- 3 Petition überwiesen
Totalitäres Denken
Jörn Mothes Chef der Europäischen Akademie
Arbeitsgruppe zur SED-Diktatur
„Frauen im Kommunismus“
Viadrina-Preis für DDR-Bürgerrechtler

Recht

- 4 „Vernichtendes Zeugnis“ aus Karlsruhe

International

- 5 Hoffnung auf „biologische Lösung“?
Resolution

Thema

- 6 Abfuhr für den Antragsteller
- 7 „Käfer verschiedener Größe und Farbe“
- 8 „Hafterlebnisse sind nur Phantasiegebilde“

Geschichte

- 9 Eine Schulklasse läuft der DDR davon

Dokumentiert

- 10 Wacht endlich auf!
Richtigstellung
- 11 Nicht auf „Gegenwind“ verzichten!
Ausstellung „Der Weg zur Deutschen Einheit“

Forum

- 12 Die Saat der Linkspartei

Berichte

- 13 „Es sind eure Akten!“

Verbände

- 14 Bautzen-Forum
Internierungslager Ketschendorf
- 15 Suchanzeigen
Spendenaufruf
- 16 Bautzen-Treffen
Beratungstage in Niedersachsen
Fünfeichen

Service/Bücher

- 17 Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
- 18 Deutsches Schicksalsjahr 1989
- 19 Buchtip

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

„Lebensinschnitte“ ist dieser Entwurf für ein zentrales Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft benannt, ausgearbeitet von den Studierenden Alona Antonow und Katarina Sopp, TU Darmstadt, betreut von Constanze A. Petrow und Inga Bohlik. Gemeinsam mit mehreren anderen Entwürfen von Darmstädter Architekturstudenten wurde er am 25. März bei einer Veranstaltung der UOKG in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgestellt.
Simulation: TU Darmstadt

Was erreicht ist und was fehlt

Von Rainer Wagner

Wie schnell die Zeit vergeht: Schon sind wir im 25. Jahr des vereinigten Deutschlands. Viele Ziele, die vor einem Vierteljahrhundert noch Träume waren, sind heute Realität. Die einst eingesperrte (Ost-)Zonengesellschaft wurde aus ihrem Ghetto entlassen. Viele „gelernte DDR-Bürger“ haben Länder gesehen, die sie vorher im besten Fall aus Filmen oder Büchern kannten. Mit Giftstoffen verseuchte Flüsse, wie die Saale, die Werra oder Elbe, sind sauber. Der alles beherrschende Gestank schlechter Braunkohle und Auspuffgase der Zweitaktmotoren verschwindet sogar aus der Erinnerung. Verkommene Industriestädte wie Bitterfeld, in denen die Lebenserwartung der Bevölkerung acht Jahre unter jener in der Bundesrepublik lag, sind zu normalen deutschen Städten geworden. Nicht wenige in der DDR dem Verfall preisgegebene mitteldeutsche Altstädte sind besser restauriert als vergleichbare Städte in den alten Bundesländern. Kohls Ankündigung der blühenden Landschaften hat sich vielerorts nachweislich erfüllt.

Der jungen Generation steht die ganze Welt offen. Studiert wird heute nicht nur an westdeutschen Universitäten, sondern in Großbritannien, Frankreich oder den USA. Natürlich gibt es auch soziale Probleme. Aber hier gleichen sich Ost und West ebenfalls an.

Das vereinigte Deutschland ist trotz mancher anfänglicher Schwierigkeiten eine Erfolgsgeschichte geworden. Selbst die meisten SED-Funktionäre und Stasi-Spitzel wollen die Wohltaten des Klassenfeindes kaum noch gegen ihr ehemaliges „Arbeiter- und Bauernparadies“ eintauschen.

Allerdings ist ein Auftrag an unser demokratisches Deutschland von Anfang an stiefmütterlich behandelt worden: die gesellschaftliche, juristische und finanzielle Aufarbeitung des SED-Unrechtsregimes.

Viele westlich sozialisierte Politiker haben sie auf die leichte Schulter genommen. Für die Eliten aus der DDR, die schnell wieder an den Schalthebeln in den Ländern und Kommunen saßen, war die Aufarbeitung sowieso nie ein Herzensanliegen. Dies ist z. B. bis heute daran zu erkennen, daß die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen von mehr westdeutschen Schulklassen besucht wird als von ostdeutschen. Eine juristische Aufarbeitung ist de facto gescheitert. Kaum ein Täter wurde zur Rechenschaft gezogen.

Als SED-Opfer hofften wir im 25. Jahr der friedlichen Revolution auf Verbesserung für die Betroffenen des kommunistischen Unrechts in SBZ und DDR, allerdings vergeblich. Nur die Heimkinder haben etwas bekommen. Die politischen Häftlinge wurden mit einem Inflationsausgleich bei der Opferrente ruhiggestellt. 2014 hatte die Regierung die Chance, etwas mehr Gerechtigkeit zu schaffen, doch hat sie diese kaum genutzt: keine Einbeziehung der bislang nicht berücksichtigten Opfergruppen, keine Vererbbarkeit der Opferrente, keine Änderung bei der Berechnung der Übersiedlerrenten, keine Verbesserung der Situation der verfolgten Schüler, keine Beweiserleichterungen, insbesondere keine Verbesserung der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden, keine Änderungen der sozialen Bedürftigkeitsklauseln, keine Streichung der Mindesthaftzeit, keine Verbesserungen der Leistungen im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz, keine Bewegung in Sachen Ehrengrab für Peter Fechter und andere.

Während es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR Wilhelm-Pieck- und Ernst-Thälmann-Straßen die Fülle gibt, von Karl Marx und Friedrich Engels ganz zu schweigen, sind wir bei der Frage eines zentralen Mahnmals nicht viel weiter gekommen. Jetzt denken Politiker sogar darüber nach, die Behörde des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen abzuwickeln.

Letztes Jahr sträubte sich das für die Häftlingsrente zuständige SPD-geführte Justizministerium, mit uns zu sprechen. Angeblich soll es nun irgendwann doch noch eine erleichterte Anerkennung von gesundheitlichen Haftfolgeschäden geben. Aber auch im zuständigen Arbeitsministerium von Andrea Nahles lehnt man bisher jedes unserer Gesprächsangebote ab. Wenn Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linkspartei jetzt die DDR-Aufarbeitung in Thüringen zur „Chefsache“ macht, ahnen wir, wie schwer unser zukünftiger Kampf werden könnte.

Doch wir Opfer werden älter. Selbst die Bürgerrechtler werden grau. Wie soll und kann es weiter gehen? Müssen wir unsere Forderungen vergessen? Es gibt nur eine Antwort: Wir kämpfen weiter. Wir ruhen nicht, bevor unser demokratischer Staat endlich auch uns gegenüber für Gerechtigkeit sorgt.

Petition überwiesen

(ots) Der Deutsche Bundestag hat am 26. März der Staatsministerin für Kultur und Medien eine Petition überwiesen, die die Entlassung ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR aus den Diensten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes fordert. Dazu erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Petitionen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Baumann, und der Obmann der Arbeitsgruppe, Andreas Mattfeld:

„Es ist ein unerträglicher Zustand, wenn 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Stasi-Unterlagen einsehen wollen und damit rechnen müssen, ihren damaligen Peinigern erneut zu begegnen. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Der Unionsfrak-

tion ist es wichtig, mit diesem Beschluß Roland Jahn in seinen Bestrebungen zu unterstützen, diese Personen aus den Diensten der Stasi-Unterlagen-Behörde zu entlassen. CDU und CSU stehen klar auf der Seite der Opfer der SED-Diktatur.

Derzeit stehen noch 19 ehemalige Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in Diensten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Ende 2011 hatte der Deutsche Bundestag im Kontext der 8. Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes geregelt, daß die betreffenden Mitarbeiter zu entlassen bzw. zu versetzen sind. Mit diesem Beschluß soll ein parlamentarisches Signal gesetzt werden, die gesetzliche Vorgabe konsequent in die Realität umzusetzen.“

„Frauen im Kommunismus“

(bsa) Das ist das Thema des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung 2015, das am 12. März im Berliner Metropolverlag erschienen ist. „Obwohl Frauen in den kommunistischen Bewegungen vereinzelt Führungsrollen übernehmen konnten, gab es bezüglich ihrer politischen Teilhabe eine große Kluft zwischen dem emanzipatorischen Anspruch und der Wirklichkeit“ sagte der leitende Herausgeber des Jahrbuchs, Ulrich Mähler. Trotz einzelner Untersuchungen in den vergangenen Jahren sei dieser Teil der Kommunismusgeschichte bisher zu wenig beachtet worden.

Wie weitgefaßt das Forschungsfeld „Frauen im Kommunismus“ tatsächlich ist, zeigt das breite Spektrum der Einzelbeiträge des Jahrbuchs. Die Themen reichen von der Frauenpolitik der chinesischen KP in den 1920er bis 1940er Jahren über die Geschichte der ukrainischer Nationalistinnen im Konflikt mit den kommunistischen Sicherheitsorganen bis zur Rolle der Frauen im italienischen Kommunismus der Nachkriegszeit.

Das Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung wird im Auftrag der Bundesstiftung Aufarbeitung herausgegeben.

Viadrina-Preis für DDR-Bürgerrechtler

(moz) Der DDR-Bürgerrechtler und Publizist Wolfgang Templin erhält den Viadrina-Preis. Die Auszeichnung wird am 4. Mai in Frankfurt/Oder verliehen, teilte die Europa-Universität mit. Templin hatte bereits in den 1970er Jahren Kontakte zur polnischen Opposition und versuchte nach deren Vorbild politischen Widerstand in der DDR aufzubauen. Viadrina-Präsident Alexander Wöll sprach von einem „früheren Brückenbauer“. Von 2010 bis 2013 leitete Templin das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau.

Der Viadrina-Preis wird seit 1999 jährlich vom Uni-Förderkreis für herausragende Verdienste um die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen verliehen. Die Laudatio hält Basil Kerski, Direktor des Europäischen Solidarność-Zentrums Danzig und Herausgeber des deutsch-polnischen Magazins „Dialog“.

Totalitäres Denken

(hohö) Der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe, hat Gregor Gysi totalitäres Denken vorgeworfen: „Rechtfertigung linksextremer Gewalt ist unverantwortlich und zynisch.“ Knabe wies damit Äußerungen des Fraktionschefs der Linkspartei zum Linksextremismus scharf zurück. „Herr Gysi unterscheidet offenbar zwischen guter und schlechter Gewalt. Das ist totalitäres Denken, wie wir es aus der DDR noch zur Genüge kennen. Angesichts der Tatsache,

daß insbesondere Polizisten von Linksextremen attackiert werden, ist es unverantwortlich und zynisch, diesem Vorgehen auch nur den Schein von Rechtfertigung zu verleihen.“ Gysi hatte am 7. März in einem Interview mit der „Huffington Post“ erklärt: „Der Rechtsextremismus wendet sich immer gegen Schwache, der Linksextremismus gegen Starke. Ich verurteile Gewalt. Aber ich mache da einen Unterschied. Es ist eine ganz andere Herausforderung, Starke anzugehen.“

Jörn Mothes wird Chef der Europa-Akademie

(svz) Der langjährige Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Jörn Mothes, wird Leiter der Europäischen Akademie in Waren an der Müritz. Er löst Mitte April Andreas Handy ab, der nach 25 Jahren in den Ruhestand geht, teilte die Akademie mit. Mothes war zehn Jahre bis 2008 Beauftragter des Landes Mecklenburg-

Vorpommern für die Stasi-Unterlagen. Danach wechselte er ins Bildungsministerium, wo er zuletzt als stellvertretender Leiter der Kulturabteilung tätig war. Mothes ist Mitglied im Beirat des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Die Europäische Akademie ist eine Einrichtung der politischen Bildung.

Arbeitsgruppe zur SED-Diktatur

(mdr) Die Thüringer Landesregierung will mit einer ministerienübergreifenden Arbeitsgruppe die Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützen. Das hat das Kabinett von Ministerpräsident Bodo Ramelow am 3. März beschlossen. Zudem soll mit einer weiteren Arbeitsgruppe Klarheit über den Tod des Jenaer Bürgerrechtlers

Matthias Domaschk geschaffen werden. Das interministerielle Gremium soll der Landesregierung jährlich berichten. Schwerpunkte der Arbeit sollen Erinnerungskultur, Gedenkstättenarbeit, Demokratieerziehung sowie Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern politischer Verfolgung sein.

„Vernichtendes Zeugnis“ aus Karlsruhe

Rehabilitierungsgerichte haben ungenügend ermittelt

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat in drei Entscheidungen vom September und Dezember 2014 die Arbeit der Rehabilitierungsgerichte als teilweise unzureichend bemängelt. Hinzu kommt ein ebenfalls im Dezember ergangener Beschluß des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin. Den Verfahren lagen Verfassungsbeschwerden von ehemaligen DDR-Heimkindern zugrunde, deren Rehabilitierungsanträge von den Oberlandesgerichten in Berlin (Kammergericht), Brandenburg, Dresden bzw. Naumburg abgelehnt worden waren. In allen Verfahren hatten die Antragsteller vorgetragen, ihre Heimeinweisung sei in grob rechtsstaatswidriger Weise erfolgt. So hatte eine Antragstellerin angegeben, sie sei nur deshalb aus einem Normalkinderheim in den Jugendwerkhof verlegt worden, weil sie den Heimleiter bei einem nächtlichen „Techtelmechtel“ mit einer Erzieherin ertappt habe. In dem Berliner Verfahren ging es um die Frage, ob das Rehabilitierungsgericht Zeugen anhören muß, die einen anderen Sachverhalt bestätigen sollten, als in den DDR-Akten wiederzufinden ist. Dies lehnte das Kammergericht mit der Begründung ab, die Inhalte der DDR-Akten seien bindend. Mit dem Einwand, daß die in den Unterlagen der DDR-Jugendhilfe enthaltenen Feststellungen nicht der Wahrheit entsprechen, könne der Betroffene daher im

Rehabilitierungsverfahren nicht gehört werden. Die Rehabilitierungsgerichte hatten in allen Verfahren einige Ermittlungen angestellt, die sich allerdings auf das Abfragen von Archiven beschränkten. Zeugenvernehmungen fanden nicht statt, Sachverständige wurden nicht gehört, wissenschaftliche Expertisen nicht herangezogen – obwohl sich auf diese Weise möglicherweise die Angaben der Betroffenen als zutreffend erwiesen hätten.

Beide Verfassungsgerichte haben die Aufklärungsbemühungen der Rehabilitierungsgerichte als unzureichend, ihre Rechtsanwendung insoweit als Verletzung von Grundrechten und des Rechtsstaatsprinzips bezeichnet und ihnen damit ein „vernichtendes Zeugnis“, so die Frankfurter Allgemeine Zeitung, ausgestellt. Das wirft ein schlechtes Licht auf die Arbeit der Rehabilitierungsgerichte, und das Urteil der Verfassungsgerichte wiegt um so schwerer, als es um die Aufarbeitung schwersten staatlichen Unrechts geht. Hier, so sollte man meinen, arbeiten die Gerichte besonders gründlich. Indes haben gerade viele ehemalige Heimkinder gegenteilige Erfahrungen gemacht. Es scheint weit verbreitet zu sein, daß Akten mehr zählen als Aussagen von Zeitzeugen oder wissenschaftlicher Sachverstand. Dieses Erlebnis ist nicht neu: Denn auch NS-Opfer, die eine Entschädigung für Ghettoarbeit beanspruchten und die nach 60 Jahren naturgemäß kaum Beweise für ihr Schicksal vorbringen konnten, standen vor den gleichen Schwierigkeiten. Der mit derartigen Verfahren befaßte Richter Jan-Robert von Renesse schrieb dazu vor einiger Zeit, daß die Behörden die Lebensberichte der Opfer gar nicht erst anhörten, ihnen „auch sonst keinen Glauben schenken“ und „allein auf ... alte deutsche Akten vertrauten“.

Die Regelungen für die Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder finden sich im Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz. Es sagt klar und deutlich und ohne jede Einschränkung: „Das Gericht ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen.“ Diesen Grundsatz nennt man Amtsermittlungsprinzip. Der Gesetzgeber wollte dem Antragsteller eine Hilfestellung leisten. Das Gericht ist nämlich von sich aus, ohne daß dies beantragt werden müßte, verpflichtet, *sämtliche* denkbare Erkenntnisquellen bei der Prüfung des Sachverhalts zu ermitteln und heranzuziehen. Es gibt keine

Beschränkung der Beweisführung auf Schriftstücke, das hatte das Bundesverfassungsgericht schon 1995 entschieden. Alles andere wäre ja auch absurd!

Die beiden Verfassungsgerichte zählen demgemäß die Beweismittel auf, die die Gerichte versäumt haben zu ermitteln und gegebenenfalls heranzuziehen:

- Angaben vom Antragsteller, die dieser bisher nicht gemacht hat, einzufordern,
- Verwandte, Mitschüler, Mitzöglinge, Erzieher, Heimleiter, Lehrer, Jugendpfleger zu ermitteln und gegebenenfalls anzuhören,
- das Vorhandensein von Akten bei allen denkbaren Stellen zu prüfen (Gemeinde, Kreise, Heime, MfS – zum Verbleib von Jugendwerkhof-Akten s. der stacheldraht, 2/2013, S. 4 f.), unter Umständen auch Akten von Verwandten (die gegebenenfalls allerdings zustimmen müssen),
- Sachverständige anzuhören, wie die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen,
- wissenschaftliche Erkenntnisse, insbesondere in den von der Bundesregierung beauftragten Expertisen zur DDR-Heimerziehung, zu berücksichtigen.

Man muß es so klar sagen: Es handelt sich um Selbstverständlichkeiten. Warum die Gerichte dies unterlassen haben, ist unklar. Vermutlich spielten fiskalische Gründe eine Rolle, denn ein aufwendigeres Verfahren kostet mehr Geld. Allerdings schildert die Berliner Juristin Anne-Luise Riedel-Krekeler in ihrer jüngst erschienenen Doktorarbeit zur Rehabilitierung von Heimkindern auch, daß etwa am Berliner Landgericht Rehabilitierungsrichter eine grundsätzliche Abneigung gegen ehemalige Heimkinder hegen. Beide Erklärungen wären indes erschütternd. Zu hoffen ist nunmehr, daß die Rehabilitierungsgerichte die Paukenschläge aus Karlsruhe und Berlin wahrnehmen und ihren gesetzlichen Pflichten nachkommen. Zu klären wird auch sein, wie mit denjenigen Heimkindern umzugehen ist, deren Rehabilitierungsanträge ebenfalls unzureichend geprüft wurden, die aber nicht das Verfassungsgericht angerufen haben.

Philipp Mützel, Jurist

(Philipp Mützel ist Programmbereichsleiter im C.H. Beck Verlag.)



Protestmarsch ehemaliger Heim- und Jugendwerkhofkinder 2014 in Berlin.

Hoffnung auf „biologische Lösung“?

Zwischen der japanischen Botschaft in Seoul und dem Außenministerium Süd-Koreas kommt es seit einigen Monaten immer wieder zu recht heftigen Differenzen. Tokio verlangt mit großem Nachdruck, daß die Koreaner ein kleines Denkmal gegenüber ihrer diplomatischen Vertretung entfernen. Seoul entgegnet, die Regierung könne das Monument auf koreanischem Boden nicht ohne weiteres beseitigen, es sei von privaten Gruppen mit Hilfe von Spenden errichtet worden. Das kleine Denkmal zeigt dabei nur ein junges Mädchen, es gibt weder Inschriften noch Hinweise auf seinen Zweck. Jeder Koreaner und gerade auch jeder Japaner

indes weiß, daß es erinnern soll an den Zweiten Weltkrieg, in dem Truppen Japans damals bis zu 200 000 junge Koreanerinnen entführten und in bestimmte Häuser verschleppten, um den Soldaten bestimmte Stunden zu bereiten. Sofern das Kaiserreich die Vorgänge überhaupt zugibt, werden die Mädchen im Alter ab 13 Jahren als „Trost-Frauen“ tituliert, während Seoul sie richtigerweise als Sex-Sklavinnen bezeichnet.

Zwar hat Tokio 1993 in seiner Kono-Erklärung anerkannt, daß seine Armee in die Zwangsrekrutierung und den Mißbrauch junger Mädchen involviert war und sich dafür entschuldigt, doch

Korea zweifelt an der Aufrichtigkeit: Zu oft haben japanische Politiker öffentlichkeitswirksam die damaligen Verbrechen geleugnet.

Ministerpräsident Abe erklärte vor den letzten Wahlen, er wolle jene Erklärung abändern. Seither schweigt er sich völlig aus. Seit über zwei Jahren stocken daher auch die beiderseitigen Verhandlungen, bei denen die mißbrauchten Frauen eine offizielle Bitte um Verzeihung der japanischen Regierung und eine Entschädigung verlangen. Von den einst rund 200 000 Frauen leben gegenwärtig nur noch 53. Sie sind inzwischen alle über 80 Jahre alt und können nicht mehr auf eine längere Lebenszeit hoffen...

Friedrich-Wilhelm Schломann

Resolution

Zur öffentlichen Verurteilung der kommunistischen Ideologie und der Entschädigung der Opfer des Kommunismus

Beschlossen von der Internationalen Assoziation ehemaliger politischer Gefangener und Opfer des Kommunismus (Inter-Asso) im August 2014 auf ihrem XXI. Kongreß in Bukarest

[...]Die grundlegende Verurteilung des Kommunismus – neben allen Formen des Totalitarismus, die das 20. Jahrhundert geprägt haben – wäre ein starkes Signal gegen die populistischen und autoritären Tendenzen, die weiterhin die Grundrechte der europäischen Bürger bedrohen. Die grundlegende Verurteilung der kommunistischen Ideologie und ihrer Regime ist bisher von der Europäischen Union gar nicht und seitens nationaler Regierungen nur teilweise erfolgt. Eine Folge davon ist die Verharmlosung der kommunistischen Ideologie und das virulente Aufleben alter Mythen und Erzählungen, die sich konträr zu demokratischen Werten verhalten und politisch instrumentalisiert werden können. [...]

Die Inter-Asso hat in Bukarest mit großem Unverständnis zur Kenntnis nehmen müssen, daß es in Bosnien und Herzegowina (BiH) bis heute kein Gesetz zur Entschädigung der Opfer des Kommunismus gibt. Dies ist im Vergleich zu anderen Staaten des früheren kommunistischen Machtbereichs eine absolute Ausnahme. Auch die Weiterbeschäftigung von Personen, die zur Zeit des Kommunismus

Verantwortung trugen, wird in BiH nicht hinterfragt. Der Erlaß eines solchen sogenannten Lustrationsgesetzes wurde von der Regierung bisher nicht in Erwägung gezogen. Schließlich ist die Rückgabe von Eigentum, das durch Verstaatlichung rechtswidrig angeeignet wurde, nicht erfolgt. Die Inter-Asso wird bei der EU-Kommission darauf dringen, daß eine weitere Annäherung von BiH an die EU nicht in Frage kommen kann, solange die Regierung von BiH in diesem Bereich keine Initiativen ergreift.

Forderungen

Auf Grundlage ihres XXI. Kongresses, der Länderberichte und der sich daraus ergebenden Erörterungen fordert die Inter-Asso die Parlamentarische Versammlung des Europarates, die zuständigen internationalen Organisationen sowie die UN-Sonderberichterstatter auf,

- den Kommunismus öffentlich zu verurteilen und der Verbreitung kommunistischer Propaganda im europäischen Raum Einhalt zu gebieten
- bei der Regierung von Bosnien und Herzegowina auf die dringende Notwendigkeit einer rechtlichen Aufarbeitung und Rehabilitierung der Opfer des Kommunismus hinzuwirken, ohne die eine weitere Annäherung an die europäische Wertegemeinschaft unmöglich ist

Sie fordert die nationalen Regierungen und verantwortlichen Stellen auf,

- den Kommunismus öffentlich zu verurteilen und der Verbreitung kommunistischer Propaganda im europäischen Raum Einhalt zu gebieten
- die zivilgesellschaftliche Aufarbeitung durch Maßnahmen zu unterstützen, die die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch verschiedener Opferorganisationen ermöglichen
- die rechtliche Rehabilitierung durch Aktenzugang und entsprechende Gesetze sowie die Entschädigung der Opfer des Kommunismus zu veranlassen bzw. weiterzuführen und rechtsstaatliche Verfahren gegen die Täter zu ermöglichen

Sie fordert die europäischen Zivilgesellschaften auf,

- Netzwerke und Mechanismen zur staatlichen, zwischenstaatlichen und bürgerschaftlichen Kooperation zur historischen Aufarbeitung zu initiieren bzw. vorhandene zu unterstützen
- Maßnahmen zu ergreifen, die zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Verfolgungsgeschichte der Opfer der kommunistischen Repressionen beitragen

Der Inter-Asso gehören Häftlings- und Verfolgtenverbände an aus der Republik Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Bundesrepublik Deutschland, Estland, der Republik Kroatien, Rumänien, der slowakischen Republik, der Republik Slowenien, der tschechischen Republik, Ungarn, Lettland, Litauen, Moldawien. 🇷🇺

Abfuhr für den Antragsteller

Probleme bei Anerkennungsverfahren verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden

In den Anerkennungsverfahren bei verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden geht es im Kern um die Frage, was der Antragsteller in seiner Haftzeit erlebt hat. Dies gehört zu den wichtigsten Dingen, die ein Gutachter herauszufinden hat. In einem Fall aus Hamburg ging ein Gutachter der Frage nach, ob der Antragsteller gefoltert wurde. Isolationshaft, ständige, auch nächtliche Verhöre, Schlafentzug durch Schlagen an die Tür oder ständiges Ein- und Ausschalten des Lichts, Scheinerschießungen und die Zusammenlegung mit kriminellen Häftlingen in überfüllten Zellen wurden von dem Antragsteller geschildert. Vielen Lesern dürfte dies bekannt vorkommen. Es handelt sich dabei um einen Teil der üblichen Maßnahmen, die in der DDR-Untersuchungshaft angewendet wurden. Ziel war es, den Beschuldigten zu brechen und dessen Persönlichkeit zu zerstören.

Wie beantwortet der Gutachter also die Frage nach der Folter?

„Es soll nicht verkannt werden, daß der Antragsteller während der Haftzeit beängstigenden und erniedrigenden Situationen ausgesetzt gewesen ist. Allerdings sind nach seinen aktuellen Angaben eine Reihe von Situationen, denen er laut Bescheinigung des behandelnden Psychotherapeuten ausgesetzt gewesen sein soll (Scheinerschießung, Folter), stark zu relativieren.“ Also alles nicht so schlimm. Doch nicht nur das. Der Antragsteller hatte auch noch das Pech, in früheren Jahren einen Autounfall erlitten zu haben. Damit war also der Grund für die Gesundheitsschäden des Antragstellers gefunden. Anspruch abgelehnt.

Das genannte Beispiel stellt freilich einen krassen Fall gutachterlicher Böswilligkeit dar. Es steht allerdings in einer Reihe mit vielen anderen Fällen, die insgesamt zwar weniger extrem sind, jedoch für den Antragsteller nicht minder schwer wiegen. Hier einige Beispiele, die uns in unserer Beratungspraxis bereits begegnet sind: Ein Gutachter zieht seine Begutachtungen im Schnelldurchlauf durch. Sein Blick sucht und findet dabei immer wieder die Uhr. Ein anderer arbeitet in seinem Gutachten alle Merkmale einer Posttraumatischen Belastungsstörung heraus, die am Ende aber nicht zusammengefügt werden. Einer stellt ein wis-

senschaftlich nicht anerkanntes Krankheitsbild fest. Ein Gutachten erwähnt den fehlenden Kontakt des Antragstellers zu seinem Bruder, der schon vor Jahren das Zeitliche gesegnet hat. Antragsteller werden zu Gutachtern geschickt, deren Spezialgebiet es ist, Simulanten zu enttarnen. In einem Gutachten wird von einer Untersuchungshaft von zwei Monaten ausgegangen, obwohl der Antragsteller eine Untersuchungshaft von vier Monaten geschildert hatte. Die Liste ließe sich fortsetzen. Doch nicht nur die mangelnde Qualität der Gutachten ist ein Problem. Leider lassen viele Gut-

**„So,
und Sie wollen also
Geld haben.“**

achter häufig die besondere Sensibilität vermissen, die im Umgang mit traumatisierten Opfern notwendig ist. So wurde in einem Fall der Antragsteller mit den Worten begrüßt: „So, und Sie wollen also Geld haben.“ Ein Gutachter sagte bereits zu Beginn der Begutachtung zu dem Antragsteller, er weigere sich von vornherein, DDR-Haftopfern einen gleichen Grad der Schädigung zuzubilligen wie Opfern von Nazi-KZ oder von sexueller Gewalt. Es gehört schon zur Normalität, daß Gutachter genervt auf Rückfragen des Antragstellers reagieren.

In der Regel übernehmen die Versorgungsbehörden auch die auf diese Weise entstandenen Gutachten wörtlich und unkritisch. In kaltem, für den Bürger kaum verständlichen, seit der Kaiserzeit durch zwei Diktaturen hindurch kaum veränderten Kanzleideutsch bekommt der Antragsteller seine Abfuhr. Gepaart mit den Erlebnissen aus der Begutachtung ergibt dies eine explosive Mischung. Der Weg zum Flashback ist geebnet. Kamen die Antragsteller zuvor noch halbwegs mit ihren Gesundheitsschäden zurecht, sind sie nun erst richtig aus der Bahn geworfen. Ein paradoxes Phänomen, bedenkt man, daß die Beschädigtenversorgung das Ziel hat, die Gesundheit der Antragsteller zu verbessern.

Es soll dies keineswegs eine Generalabrechnung mit allen Gutachtern sein.

Im Laufe seiner Tätigkeit hat der Verfasser unzählige Gutachten gelesen. Es waren tadellose dabei, auch wurden viele positive Beispiele von empathischen und gründlichen Begutachtungen geschildert. Insbesondere dann, wenn die Versorgungsbehörden bei der Wahl des Gutachters mit dem Antragsteller kooperierten. Doch das, und hier liegt das Problem, ist letztlich Glückssache. Ursache dessen ist das bürgerfeindliche Verwaltungsverfahren, das im übrigen auch für den Steuerzahler teuer ist, denn die Rechtswege sind lang und aufwendig. Das Problem ist seit Jahrzehnten bekannt. Seit Jahrzehnten machen die Opferverbände darauf aufmerksam und schlagen eine Lösung vor, doch genauso lange schon laufen sie damit gegen eine Wand.

Es geht um die Regelvermutung der gesundheitlichen Schädigung nach politischer Verfolgung ähnlich § 31 Abs. 2 des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG). Eine Regelvermutung ähnlich dem § 31 BEG hätte zur Folge, daß bei Vorliegen eines gewissen Schädigungsgrads – z.B. 25 v.H – vermutet würde, daß diese Schädigung haftbedingt ist. So könnte der Gesetzgeber den Betroffenen die langwierigen und nervenaufreibenden Verwaltungsverfahren erleichtern. Und: es wäre nah an der Lebenswirklichkeit, denn es würde den üblichen Folgen der DDR-Haft Rechnung tragen. Schließlich haben die allermeisten einen Haftschaden erlitten.

Können wir vom Gesetzgeber etwas erwarten? Schauen wir uns den Koalitionsvertrag an (Seite 105): „Für SED-Opfer, die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben und deshalb Versorgungsleistungen beantragen, werden wir gemeinsam mit den Ländern die medizinische Begutachtung verbessern.“ Eine Formulierung, die einen breiten Spielraum für alle Optionen läßt. Leider auch für rein kosmetische Verbesserungen, wie wir es bei der jüngst beschlossenen Erhöhung der Opferrente erlebt haben. Hoffen wir, daß uns eine ähnliche Enttäuschung im Hinblick auf die verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden erspart bleibt. Wir warten gespannt auf einen Entwurf aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

„Käfer verschiedener Größe und Farbe“

IM-Berichte über das Haftkrankenhaus Meusdorf

Eine Ursache haftbedingter Gesundheitsschäden liegt nicht zuletzt in der verweigeren oder aber äußerst mangelhaften ärztlichen Versorgung bei Krankheit während der Haft. Katastrophale Zustände im Haftkrankenhaus Meusdorf mußten auch die beiden inhaftierten Inoffiziellen Mitarbeiter „Arved“ und „Ran“ feststellen. Sie schrieben darüber Berichte.

MfS-HA IX 12061, Rostock, den 2.7.76

Bl. 75) Bericht über meinen Aufenthalt im Haftkrankenhaus Leipzig Station 07 im HKH Leipzig Meusdorf

Auf der Station sind 14 Betten normal und es besteht die Möglichkeit 2 Notbetten aufzustellen.

Ein Tisch zur Einnahme des Essens wäre jedoch dann nur direkt vor der Toilettentür aufstellbar. Die Station befindet sich im Keller und wird von Ärzten, Pflegern und Strafgefangenen als „Eiterkeller“ bezeichnet. An sich ist es die septische Station.

Bei meinem Eintritt in den Krankenraum war ich nicht nur von dem penetranten Geruch schockiert sondern auch von der Aufmachung des Raumes. Durch den Raum ziehen sich an der Decke und an den Wänden eine ganze Reihe von Versorgungsleitungen. Die Toilettenabflüsse gehen ebenfalls durch diesen Raum. Da vor allem letztere sehr lange keine Farbe bekommen haben, kann man leicht undichte Stellen erkennen. Teilweise tropft es sogar auf die Betten.

Bl. 76) Die Heizungsleitung ist gar so verlegt, daß eine Fensterpartie überhaupt nicht gelüftet werden kann. Da die überriechende Luft keinerlei Absaugmöglichkeit hat, denn nur zwei Oberlichter können geöffnet werden, ist kein Luftaustausch möglich. Das Ganze lockt natürlich eine große Menge Fliegen an. Die Kranken werden vor allem bei warmem Wetter von dem fliegenden Getier gepeinigt. Da zwischen Arzt und Verbandvisite oft 1 Stunde und mehr Zeit vergeht, haben die Patienten oft beide Hände voll zu tun um die Fliegen von den Wunden fernzuhalten. Das gelingt jedoch nicht immer da einige in ihren Bewegungen aus Krankheitsgründen stark eingeengt sind und somit die Fliegen gewähren lassen müssen.

Ist es jedoch einmal gar nicht mehr vor Fliegen auszuhalten wird die angrenzende Toilettentür geöffnet. Dadurch entsteht ein Durchzug und dies Viehzeug verschwindet, dafür kommt zum faulenden Eitergeruch noch der der Toilette hinzu.

Man darf dabei auch nicht außer Acht lassen, daß im gleichen Raum auch die Mahlzeiten eingenommen werden und vor allem ein Teil dieser für 24 Stunden aufbewahrt werden muß.

Es sind jedoch nicht nur Fliegen die in diesem als „Eiterkeller“ bekannten Raum das Auskommen unerträglich machen. So spazieren zu Hunderten die Ameisen kreuz und quer durch den Raum, Käfer verschiedener Größen und Farbe und Kellerasseln, Ohrenkriecher und Spinnen vervollständigen das Bild. An den Wänden, Rohren und Einrichtungsgegenständen kleben tote Artgenossen. Für mich war dieser Eindruck schockierend.

Bl. 77) Die Toilettenspülung funktioniert [...] seit Monaten nicht mehr. Es wird also mit dem Eimer gespült. Da einige Gefangene sogar auf die Toilette getragen werden müssen, können sie auch nicht danach spülen, also müssen es Mitgefangene tun. Gleiches trifft auch auf das Ausleeren und Reinigen der Urinflaschen zu. Da aber nur ein kleiner Teil dazu in der Lage ist – auf Grund des Gesundheitszustandes – bleiben diese Arbeiten immer an den gleichen hängen die im Verlaufe des Tages am Austeilen der Mahlzeiten mitbeteiligt sind.

Bl. 78) Noch ein Wort zur Bettwäsche und zu den Matratzen samt Schonbezügen. Letztere stehen voller Blut und Eiterflecken. Sie werden leider auch nicht gereinigt wenn die Patienten auf Grund Entlassung die Betten wechseln. Lediglich das Laken wird gewechselt. [...] Da ekelt es einen stark, sich in diese befleckten Dinger zu legen.

Bl. 80) Einen Teil der Patienten verbindet er gar nicht, dann legt er das Verbandmaterial auf den Tisch und sagt: „Macht mal schön selber – vielleicht mähre ich anderen Leuten noch in den Hintern rum“ [...] Die Patienten schreien dann oft wahrhaft tierisch.

Bl. 81) Ausdrücke wie: „Es gibt gleich `nen Knebel“ oder „Haltet endlich das Maul oder es gibt eine mit dem Narkosehammerchen oder der ‚Bunawurzel!“, sind dann an der Tagesordnung. [Als „Bunawurzel“ wurde im Polizeijargon der Gummiknüppel bezeichnet.]

Bl. 86) Fakt ist auf alle Fälle, daß 60% des Essens in die Toilette wandern und die meisten lieber Brot essen und Kaffee dazu trinken, nach dem Motto: „Da kann uns wenigstens keiner vergiften!“

Bl. 84) gez. Ran, F.d.R.d.A. Dalesch, Feldweibel

BVfS Leipzig Abt. VII 68/02

Bl.26) Die erste Bremse ist die unterbesetzte und organisatorisch schwierig geleitete Anästhesieabt.

Damit wird die Chance der hohen Arbeitsleitung [das s fehlt auch im Original] erheblich eingeschränkt. So sind die Chirurgen gezwungen einen Teil der Operationen selber zu narkotisieren.

Das Risiko ist erheblich, obwohl es keine juristischen Hindernisse gibt, die Frage liegt in der fachlichen Kompetenz.

6.8.78, Quelle: IM „Arved“, entgegengenommen: Ltn. Berg

(Recherchiert von Bernd Lippmann und bestätigt aus eigener Anschauung)

Das Haftkrankenhaus Leipzig

(wp) 1899 begann im Dorf Dösen der Bau einer „Heilanstalt der Stadt Leipzig zu Dösen“ zur Behandlung und Pflege von Geisteskranken, körperlich Siechen, Rekonvaleszenten und schwachsinnigen Kindern. 1901 wurde sie eröffnet.

Am 1. Januar 1913 wurde die bis dahin der Stadt Leipzig gehörende Heilanstalt Dösen als „Königliche Landesheil- und Pflegeanstalt Leipzig-Dösen“ in den Besitz des Königreiches Sachsen übernommen.

Südlich der Landesheilanstalt wurden 1913 zwei große Gebäude als Heilerziehungsheim für den Fürsorgezweckverband Leipzig errichtet. 1934 gingen diese Gebäude an den Staat über und wurden Frauengefängnis.

In der DDR fungierten die Bauten ab 1950 als Haftkrankenhaus, auch unter dem Namen Meusdorf bekannt und wegen schlechter Haft- und Behandlungsbedingungen berüchtigt. Besonders politische Gefangene waren Mißhandlungen ausgesetzt. Prominente Insassen und Patienten des Haftkrankenhauses waren Josef Kneifel, Armin Raufeisen und Edeltraud Eckert.

Ein in den 1980er Jahren begonnener Erweiterungsbau wurde in den 1990er Jahren fertiggestellt. Seit 2001 ist die Einrichtung Justizvollzugsanstalt Leipzig mit Krankenhaus.

„Hafterlebnisse sind nur Phantasiegebilde“

Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden nach 58 Jahren – ein Fallbeispiel

Erika Holsten-Warncke, geboren 1929, war nach Kriegsende bei den Amerikanern als Sekretärin beschäftigt. Anlässlich eines Besuches in der Sowjetischen Besatzungszone wurde sie von den Russen aufgegriffen und beschuldigt, Agentin des amerikanischen Geheimdienstes CIC zu sein (1946).

Als sie sich im sowjetischen Militärgefängnis gegen die Injektion einer „Wahrheitsdroge“ zur Wehr setzte, brach die Injektionskanüle ab und verblieb in ihrem Körper.

Das Sowjetische Militärtribunal verurteilte sie zum Tode. Aufgrund ihres jugendlichen Alters wurde das Todesurteil in zehn Jahre Strafarbeitslager umgewandelt (1947). Sie durchlief die Lager und Zuchthäuser in SBZ und DDR.

Nach zehn Jahren, 1956, wurde sie in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Sie erhielt eine HHG-Bescheinigung nach § 10 (4) des Häftlingshilfegesetzes. Noch im selben Jahr beantragte sie beim Versorgungsamt Bremen die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden bzw. Gewährung einer Rente nach HHG.

Der von Amts wegen bestellte Gutachter (Dr. Lilienthal) bescheinigte ihr eine (posttraumatische) Belastungsstörung mit einem Grad der Schädigung (GdS) 50 v.H. (10.11.1956).

Offensichtlich wollte das Versorgungsamt jedoch nicht zahlen und ordnete am 19.12.1956 eine erneute Begutachtung bei einem anderen Neurologen (Dr. Giesler) an. Dieser handelte im Interesse des Versorgungsamtes und bezeichnete Erika Holsten-Warncke als Simulantin, als Psy-

chopathin mit Neigung zum krankhaften Lügen (Pseudologie) und die Hafterlebnisse als Phantasiegebilde. Er bestritt den festgestellten Haftschaden des Gutachters Dr. Lilienthal vom 10.11.1956. Die Feststellungen Dr. Gieslers stehen Belegen aus der Behörde der BStU, einschließlich dem Bericht des Haftkrankenhauses Leipzig vom 25.4.1954, entgegen.

Entgegen dem Gutachten Dr. Gieslers wurde Erika Holsten-Warncke in der Folgezeit mehrfach eine posttraumatische Belastungsstörung als Haftfolgeschaden ärztlich bescheinigt.

1978, anlässlich der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (GFM, später IGFM), wurde man

In der Todeszelle

2010 schilderte Erika Holsten-Warncke einem Redakteur der Saarbrücker Zeitung u.a. ihre Zeit nach dem Todesurteil. Als 17-Jährige befand sie sich im Gefängnis des sowjetischen Geheimdienstes in Dresden. Sieben Wochen saß sie mit kahl geschorenem Kopf in der „Todeszelle“. Immer wieder hörte sie, wie schreiende Menschen aus ihren Zellen geholt und zur Hinrichtung gebracht wurden. Nie habe sie gewußt, ob es sie selbst treffen würde. Sie schrie, weinte und kratzte mit den Fingernägeln den Kalk von der Wand. Damals verfaßte sie ein Gedicht über den Tod. Sie habe es sich immer wieder aufgesagt, so daß sie es sich einprägen konnte – Papier und Stift gab es nicht. Seither habe sie keine Angst mehr vor dem Tod.

Des weiteren wurde versorgungsamtlich und medizinisch die abgebrochene Injektionskanüle, die in ihrem Körper wanderte, als Nähnadel und nicht haftbedingt bezeichnet. Dies steht den Röntgenbildern laut Bericht des Haftkrankenhauses Leipzig vom 25.4.1954 und dem Gutachten Dr. Lilienthals – „Beurteilung: 4) Fremdkörper (Kanülenstück) in den Weichteilen“ – entgegen.

Aufgrund dieser Vorkommnisse nach überstandener zehnjähriger Haft war Erika Holsten-Warncke nachhaltig schockiert, gedemütigt und kränker als zuvor. Als sie auch noch in ihrer (westdeutschen) Wohnung von zwei Angehörigen des MfS der DDR aufgesucht wurde, versuchte sie sich anschließend durch Einnahme von Eusedom umzu-

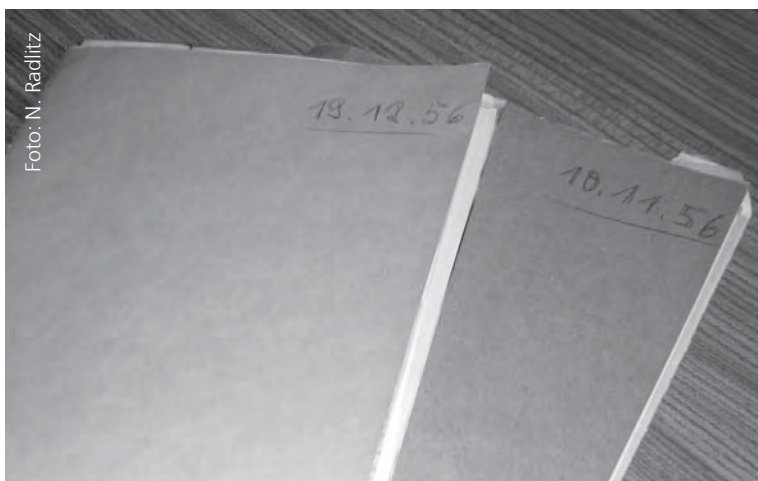
auf ihren Fall aufmerksam, sprach von „politischem Mißbrauch der Psychiatrie“ und wandte sich an Dr. Weinberger, den Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung gegen politischen Mißbrauch der Psychiatrie e.V.

2008 stellte Erika Holsten-Warncke beim Versorgungsamt Saarland einen erneuten Antrag auf Anerkennung gesundheitlicher Haftfolgeschäden und verwies auf das Gutachten Dr. Lilienthals vom 10.11.1956. Das Gutachten Dr. Gieslers vom 19.12.1956 konnte auf dem Gerichtsweg erfolgreich angegriffen werden, und der Richter ordnete eine neue Begutachtung durch Frau Dr. Ebbinghaus an.

2013 wurde im Gutachten von Frau Dr. Ebbinghaus (9.1.2013) Erika Holsten-Warncke eine posttraumatische Belastungsstörung mit entsprechendem GdS bescheinigt. Das 1956 von Dr. Giesler erstellte Gutachten wurde verworfen.

Den positiven Bescheid des Versorgungsamtes hat Erika Holsten-Warncke nicht mehr erlebt. Sie starb am 28. Oktober 2013. Das Versorgungsamt zahlte an ihren Sohn das Sterbegeld und die Bestattungskosten.

(Recherchiert von Jörg Moll, der Erika Holsten-Warncke mehrfach befragte und im Besitz aller Belege für die aufgeführten Fakten ist.)



Gutachten und Gegengutachten – das Versorgungsamt darf wählen.

Eine Schulklasse läuft der DDR davon

Im Herbst 1956 kommt es in Ungarn zu einem massiven Volksaufstand gegen das kommunistische Regime. Mit Panzern schlägt die sowjetische Besatzungsmacht die Revolution nieder. Es gibt Hunderte Tote. Bei „Säuberungen“ werden 350 Aufständische hingerichtet.

Wir, das sind 20 Schüler der 12. Klasse an der Kurt-Scheffelbauer-Oberschule in

Vier Tage später werden sieben Schüler zum Schuldirektor gerufen. Auch der Schulrat ist gekommen: „Wer war der Anführer eurer faschistischen Provokation? Wer ist der Rädelsführer? Wer hat euch von außen gelenkt?“ Die Sieben erzählen wahrheitsgetreu, die Schweigeminuten seien eine spontane Idee unserer Klasse gewesen. Einen Anführer gäbe es nicht. Namen zu nennen, hieß Unschuldige zu

Parteiweg zu lösen. Ohne Erfolg. Sieben Tage später erscheint die SED-Bezirksschulrätin, um uns kühl und knapp die Ministerentscheidung mitzuteilen: Wir hätten einen „Schulstreik“, eine „konterrevolutionäre Aktion“ durchgeführt und seien „deshalb nicht würdig, das Abitur in der DDR abzulegen“. Schulverweis – eine unumkehrbare Entscheidung.

Fassungslos stehen wir auf dem Schulhof. Die Mädchen weinen. Was sollen wir jetzt machen? Sarkastisch hatte der Minister im Weggehen noch gesagt: Ihr könnt bei der Wismut im Uranbergbau arbeiten oder in einer LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft). Ratlos, niedergeschlagen und unsicher gehen wir nach Hause. Beschattet uns bereits die Stasi? Wir sprechen mit den Eltern, treffen uns noch einmal. Und dann steht der gemeinsame Entschluß fest: Wir haben in der DDR keine Perspektive. Uns bleibt nur eine Möglichkeit. Noch gibt es keine Mauer. Wir werden nach West-Berlin flüchten. Wir verabreden, einzeln oder zu zweit zu türmen – als Gruppe wären wir sofort aufgefallen.

Obwohl in den fünfziger Jahren täglich Tausende die DDR verlassen, gilt die Flucht der Storkower Abiturientenklasse als ein spektakuläres Ereignis. Das hatte es bis dahin noch nicht gegeben, eine ganze Schulklasse läuft der DDR davon. Die westlichen Medien stellen das Ereignis groß heraus. Sie feiern uns als Helden, die unerschrocken dem Kommunismus trotzen, die Heimat, Eltern und Freunde für ihre Überzeugung verlassen. In der DDR wird das Ereignis totgeschwiegen. Die SED fürchtet Nachahmungsaktionen.

Und heute? 58 Jahre ist es her, seit wir aus der DDR geflüchtet sind. Und es gibt sie noch, unsere alte Klasse. Heute sind wir 75jährige Rentner und Pensionäre. Alle zwei Jahre sehen wir uns bei einem Klassentreffen.

Dieter Portner

Abschlußbericht der Staatssicherheit Frankfurt/Oder

„Zwischen dem 24.12. und 30.12.1956 wurden 16 Schüler der 12. Klasse der Oberschule Storkow republikflüchtig. Sie hatten während des konterrevolutionären Putsches in Ungarn Schweigeminuten durchgeführt. Auf Grund ihrer negativen Haltung sollten die Rädelsführer dieser Klasse von der Oberschule relegiert werden. Die anderen Schüler erklärten sich mit ihnen solidarisch und verließen geschlossen, mit Ausnahme von 4 Schülerinnen, die Republik. Sie befinden sich z.Z. an einer Oberschule in Bensheim an der Bergstraße (Westdeutschland). Die operative Bearbeitung wird durch die HA II und die Bezirksverwaltung Frankfurt/Oder geführt.“

Storkow/Mark, sind entsetzt und empört. Wir haben den 17. Juni 1953 in der DDR erlebt. Unsere Solidarität gehört den tapferen Ungarn. Aber was können wir tun? Öffentlich protestieren? Aber wie? Flugblätter verteilen? In der Stadt demonstrieren? Solche Überlegungen scheiden aus. Ihre Umsetzung hätte zu unserer sofortigen Verhaftung geführt.

Dann der Entschluß: Wir werden im Unterricht *fünf Schweigeminuten* einlegen. Das wollen wir bei unserem linientreuen Geschichtslehrer tun. Wir kennen seine kommunistische Überzeugung. Er ist genau der richtige Adressat – der Parteisekretär der Schule.

Im Physiksaal rückt der Zeiger der Wanduhr auf zehn Uhr. Fünf Minuten wird die ganze Klasse stumm bleiben. Unser Adrenalinpiegel steigt. Noch ist der Lehrer ahnungslos. Er fragt einen Schüler nach seiner Meinung zur Novemberrevolution 1918. Keine Antwort. Er fragt den nächsten – wieder Schweigen. So geht es fort. Der Genosse merkt schnell, hier stimmt etwas nicht. Nach fünf Minuten ist unsere Schweigephase beendet.

In den nächsten Tagen beschleichen uns Ängste. Wird die Aktion Folgen haben? Zunächst geschieht nichts. Alles geht seinen gewohnten Gang. Unsere stille Demonstration scheint vergessen zu sein. Sollte der Parteisekretär die Sache auf sich beruhen lassen?

denunzieren. Das erste Verhör endet ergebnislos.

Donnerstag, 13. Dezember 1956, ein frostiger, kalter Wintertag. Auf dem Schulhof parken zwei schwarze Limousinen. Im ersten Stock steht DDR-Volksbildungsminister Lange vor 20 eingeschüchterten Schülern. Anfangs moderat im Ton, spricht der Minister von einer unüberlegten Handlung, was bei Jugendlichen vorkommen könne. Vermutlich sei es der verderbliche Einfluß der Westsender, der uns verwirrt und verführt habe. Man könne Gras über die Sache wachsen lassen, nur die Rädelsführer, die müßten „ihre gerechte Strafe“ erhalten.

Schnell ist es mit dem moderaten Ton vorbei. Lange läuft rot an, ringt nach Luft, wird laut. Das sei ein Schulstreik, eine geplante Provokation. Wer den „konterrevolutionären Putsch in Ungarn“ verteidige, dem werde er „persönlich mit der Faust die Fresse polieren, daß er sich dreimal überschlägt“.

Als sein Tobsuchtsanfall abklingt, fordert der Minister ultimativ: „Entweder meldet ihr die Anführer eurer faschistischen Provokation zur Bestrafung oder ich schmeiße euch alle raus. Ihr habt genau sieben Tage Zeit.“ Dann geht er.

Quälend verstreicht die Woche. Eltern und Lehrer beraten, reichen Petitionen ein und versuchen das Problem auf dem



2006 erschien das Buch über die Geschichte der Schulklasse und wurde zum Bestseller. 2.v.r.: Dieter Portner

Wacht endlich auf!

Rede des Schriftstellers und Übersetzers **Hans-Henning Paetzke** am 2. Februar 2015 auf einer Demonstration anlässlich Angela Merkels Besuch in Budapest

Ein Politiker bin ich nicht, auch kein Parteisoldat, bin ich nie gewesen, nicht einmal FDJ-Mitglied, es sei denn die einmonatige Mitgliedschaft wäre als solche zu bezeichnen. Doch Politik nicht zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie durch alle Ritzen dringt, zu meinen, man könne sich einen politikfreien Raum schaffen, das wäre ein fataler Irrtum. Schon als Zehnjähriger habe ich die Gehirnwäsche der ostdeutschen kommunistischen Elite aus

Nun ja, die Zeiten ändern sich, ich bin wieder hier, übersetze noch immer bei den Mächtigen unbeliebte Autoren, allerdings nicht nur diese, denn mich interessiert gute Literatur, und die setzt sich über parteipolitische Grenzen hinweg.

Der Fall des Eisernen Vorhangs, der Fall der Berliner Mauer, die Vereinigung Deutschlands, die Demokratisierung Ungarns hat nicht nur mich vorübergehend euphorisch gestimmt. Dann aber setzte fast dramatisch zu nennende Ernüchterung ein. Die ungarischen Parteiliten erwiesen sich als diebische Elstern, stahlen, was es zu stehlen gab. Schlimmer, so dachte ich, könne es nicht kommen. Ich bin eines besseren belehrt worden. Die in den Anfangsjahren bei der Umverteilung des Volksvermögens zu kurz gekommenen, das heißt die gegenwärtige regierende Elite, strebten und streben eine Revision der von ihr als

nicht in alles, wofür Sprache manchmal erhalten muß. Seit fast fünfzig Jahren bin ich in die ungarische Literatur verliebt, Unsinn, natürlich nur in einen Teil davon.

Seit wieder etwas faul ist im Staate Ungarn, sind die Freundeskreise erneut zusammengerückt. Die diktatorischen Ansätze der Regierenden haben die vorübergehend einsetzende Belanglosigkeit des gesellschaftlichen Lebens beseitigt. In den intellektuellen Notgemeinschaften läßt es sich gut lamentieren. Trotz aller neuen Heimeligkeit sollten wir uns nicht über die traurige ungarische Wirklichkeit täuschen lassen. In zahlenmäßig großen Gesellschaftsschichten haben Armut und Hoffnungslosigkeit Einzug gehalten. Das stimmt mich traurig und läßt mich an meinem Recht auf ein Glück im Winkel zweifeln. Gern würde ich die in süßen Träumen verharrenden gegenwärtig politischen Verantwortlichen und die politische Opposition wachrütteln. Wacht endlich auf, bevor ein demokratisches Ungarn für mehr als eine Generation verloren sein wird!



Hans-Henning Paetzke 2013.

tieftem Herzensgrund abgelehnt. Verweisung von allen Gymnasien der DDR, Berufsverbot als junger Schauspieler und Gefängnis wegen Wehrdienstverweigerung Anfang der sechziger Jahre die logische Folge meines renitenten Wesens, meines Anspruchs auf eigenes Denken. Kádárs Ungarn ab 1968 empfand ich als vorübergehende Erlösung.

Doch fünf Jahre später konnte ich auch dieses Regime nicht mehr ertragen, beging mit falschen Papieren doppelte Republikflucht nach Westdeutschland, fing an, in Ungarn unliebsame Autoren herauszugeben und zu übersetzen, verstand nur schwer, wie Ungarn trotz sonstiger Provinzialität eine literarische Großmacht sein konnte, hätte gern die Freiheit der Literatur auch im politischen System gespiegelt gesehen. Deshalb schrieb ich neben meiner intensiven übersetzerischen Tätigkeit auch Artikel für große Tageszeitungen und Zeitschriften, reiste zusammen mit deutschen Fernseherteams nach Ungarn. Kádár soll von meinen Initiativen nicht sonderlich begeistert gewesen sein, weshalb ich 1985 den ungarischen Ehrentitel einer persona non grata verliehen bekam.

ungerecht empfundenen Umverteilung an. Und die versucht sie nun auch durch einen Umbau des gesamten politischen Systems der öffentlichen Institutionen zu revidieren. Immer stärker eine Salamtaktik anwendend.

Die Opposition ist peinlich zersplittert. Jeder scheint sensibel darauf zu achten, sich für den in weite Ferne gelangenden Tag X möglichst gut zu positionieren. Für wen? Nicht für die Ärmsten der Armen, das steht zu befürchten. Für die Nation? Die gehört dem Regierungslager. Ungarum? Das Vaterland in ungarische Hand? Von so viel Schwülstigkeit wird mir ganz übel. Auch ein wenig Bangigkeit schleicht sich unmerklich in mein Denken ein, das will ich nicht leugnen. Seit fast fünfzig Jahren ist Ungarn meine Geliebte. Unsinn, natürlich nur Teile davon. Seit fast fünfzig Jahren bin ich in die ungarische Sprache verliebt, Unsinn, natürlich

Hans-Henning Paetzke ist seit 1968 freiberuflich als literarischer Übersetzer, Herausgeber, Publizist und Schriftsteller tätig. Neben etwa 70 Buchübersetzungen international bekannter ungarischer Autoren – u.a. mehrere Titel von György Konrad und Péter Esterházy – für renommierte Verlage wie Suhrkamp, sind auch vier eigene Romane von ihm erschienen.

Hans-Henning Paetzke ist Mitglied des ungarischen „Verbands Schöngestiger Autoren“ (Szépirok Társasága), der Parallelorganisation zum ungarischen Schriftstellerverband, aus dem namhafte Autoren wegen dessen antisemitischer Tendenzen ausgetreten sind.

Richtigstellung

In Ausgabe 2/2015, S. 8f., haben wir unter der Überschrift „Kann es das geben?“ irrtümlich zwei Texte Reiner Kunzes als einen veröffentlicht. Dabei handelt es sich um die Rede „Hoffentlich nicht“, gehalten am 18. November 2014 in der Aula der Universität Jena, und den Text „Kann es das geben?“, der als Grundlage für ein Pressegespräch am Tag der Rede gedacht war.

Die Redaktion

Nicht auf „Gegenwind“ verzichten!

Offener Brief der psychosozialen Gesprächsgruppe der Beratungsstelle Gegenwind an Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales in Berlin

11. März 2015

Sehr geehrter Herr Czaja,

wir, die psychosoziale Gesprächsgruppe, sind Menschen, bei denen nach jahrelanger Verfolgung, politischer Haft und Zersetzung durch die Stasi erhebliche – inzwischen anerkannte – chronifizierte gesundheitliche Folgeschäden entstanden sind. Die Beratungsstelle Gegenwind berät und betreut seit über 20 Jahren politisch Traumatisierte der SED-Diktatur. Wir, die dringend Unterstützung bei der Verarbeitung unserer traumatischen Erlebnisse benötigen, können und möchten nicht auf die Hilfe von Gegenwind verzichten. Gegenwind wird von den Betroffenen als die zentrale psychosoziale Anlaufstelle für Opfer von DDR-Verfolgung angesehen. Bislang gab es über 20 000 Beratungskontakte.

Bis Ende 2016 wird die Beratungsstelle Gegenwind noch aus Mitteln des Mauerfonds gefördert. Ab 2017 ist die Finanzierung der Beratungsarbeit durch den Berliner Senat noch ungeklärt. Von uns, den Betroffenen, wird eine Weiterförderung für Gegenwind, für die Arbeit für ehemals politisch verfolgte aus der DDR für uner-

läßlich gehalten. Dies verdeutlicht unser Anliegen, daß die Opfer der DDR-Diktatur einen Ort brauchen, an dem sie ernst genommen werden und über ihre Empfindungen sprechen können, die auf realem Unrecht basieren. Es geht um einen Ort, an dem erlittenes Unrecht nicht pathologisiert wird und den Menschen gleichzeitig psychosoziale Hilfen geboten werden.

Mit diesem persönlichen Anschreiben an Sie möchten wir um Ihre Unterstützung bitten, damit die Arbeit der Beratungsstelle Gegenwind für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur auch nach 2016 weitergeführt werden kann. (kontakt@beratungsstelle-gegenwind.de, www.beratungsstelle-gegenwind.de)

Einige Informationen mögen die Förderungswürdigkeit der Arbeit der Beratungsstelle Gegenwind nochmals im Überblick zeigen.

Professionalität und Konstanz

Die Beratungsstelle Gegenwind berät und betreut seit über 20 Jahren politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur, die dringend Unterstützung bei der Verarbeitung ihrer traumatischen Erlebnisse benötigen.

Es werden Räume angeboten sowie Gruppen initiiert und angeleitet, die den Erfahrungsaustausch und die Verarbeitung von traumatisierenden Erlebnissen ermöglichen.

Hohe Aktualität und die Rolle Berlins

Auch weiterhin gibt es Kräfte, die die Tätigkeit des DDR-Geheimdienstes zu verharmlosen suchen und damit die Leiden der Opfer der SED-Diktatur ausblenden. So zeigen öffentlich geführte Diskussionen um den Unrechtscharakter des SED-Staates, daß die jüngste Zeitgeschichte noch nicht aufgearbeitet ist und die Verarbeitungsversuche der Verfolgten der SED-Diktatur damit weiterhin erschwert werden. In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, daß Berlin als ehemaliges Zentrum der Staatssicherheit in der DDR eine besondere Verpflichtung hat, für Hilfen zur Verarbeitung von altem Unrecht und Verhinderung von neuem Unrecht für die Verfolgten der SED-Diktatur einzustehen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die psychosoziale
Gesprächsgruppe der Beratungsstelle
Gegenwind, Manfred Raffel

„Der Weg zur deutschen Einheit“

Eine Plakat-Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und des Auswärtigen Amtes

Die Ausstellung ist das ideale Medium, um an öffentlichen Orten – z.B. in Foyers von Rathäusern, in Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, Schulen oder Kirchen – zur Auseinandersetzung mit der Geschichte von Diktatur und Demokratie im Europa des 20. Jahrhunderts einzuladen. Zugleich bildet die Ausstellung den geeigneten Rahmen für Filmvorführungen, Zeitzeugengespräche, Buchvorstellungen und andere Veranstaltungen zum Thema.

Auf 20 Din-A1-Plakaten beschreiben Texte, Faksimiles und über 150 Fotos, wie die Friedliche Revolution in der DDR 1989 die deutsche Teilung auf die Tagesordnung der deutschen und internationalen Politik setzte: 2. Oktober 1990, Der letzte Tag der DDR – 2. Ok-

tober 1989, Unruhe hinter dem Eisernen Vorhang – Zweigeteilt: Deutschland nach dem II. Weltkrieg – Friedliche Revolution gegen die SED-Diktatur – Die deutsche Einheit rückt auf die Tagesordnung – Internationale Reaktionen – Einheit und europäische Integration – Die Selbstdemokratisierung der DDR – DDR-Volkstammerwahlen: Plebiszit für die Einheit – Die Stunde der Diplomatie: Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen – Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – Gesamtdeutsche Solidarität – Die neue Freiheit: visafrei bis Hawaii – Neuanfang: Deutschland und Polen – Zwei-plus-Vier-Vertrag – Ein Staat besiegelt sein Ende – Gemeinsame Herausforderungen – Deutschland in Europa – Deutsche Einheit: eine Zwischenbilanz

Die Ausstellung kann bestellt werden bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, online unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/wegzureinheit. Pro Plakatsatz wird eine Schutzgebühr von 35 Euro erhoben, zuzüglich 5 Euro Versandgebühr innerhalb Deutschlands, 15 Euro ins EU-Ausland und 40 Euro in Staaten außerhalb der EU. Die Plakate werden gerollt geliefert.



Startplakat der Ausstellung.

Die Saat der Linkspartei

SED-Retter Gregor Gysi, heute Fraktionsvorsitzender der Partei „Die Linke“ im Bundestag, antwortete vor einiger Zeit auf die Frage, wie er die Weiterentwicklung seiner Partei sähe, die Zustimmung zu ihr in der Bevölkerung sei „noch nicht gekippt“. Man leide immer noch unter der Voreingenommenheit vieler Bürger. – Da sich die Linke häufig genug als antidemokratische Partei präsentiert, ist das kein Wunder, möchte man sagen.

So lehnte beispielsweise die von der Linken anerkannte Jugendorganisation „Linksjugend“ bereits 2006 den Parlamentarismus ab. Oder, wie die damalige niedersächsische Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Heidrun Dittrich, in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 13. November 2009 äußerte, Bundestag und Kommunalparlamente würden sowieso nicht mehr bestehen, wenn Die Linke die absolute Mehrheit der Stimmen bekäme. Auch wenn sich die Funktionäre dieser Partei – und nur um sie geht es – ihrer kommunistisch-geistigen Väter in der Öffentlichkeit kaum bedienen, sind diese dennoch Begleiter in allen Diskussion, Erklärungen oder Talkshows. In einem Positionspapier vom 12. August 2008 heißt es u.a., man müsse sich nicht nur zu Marx und Engels bekennen, sondern auch davon ausgehen, daß „Lenin entgegen allen Verleumdungen einen bleibenden Beitrag zum heute nicht minder aktuellen Sozialismus geleistet“ habe.

Es offenbart sich ein äußerst ambivalentes Demokratieverständnis.

Um es milde auszudrücken: Bei derartigen Feststellungen offenbart sich ein äußerst ambivalentes Demokratieverständnis. Selbst der heutige Ministerpräsident Bodo Ramelow mußte seinerzeit erfahren, daß seine Klage gegen den Landesverfassungsschutz, der ihn beobachten ließ, vom 6. Senat des Bundesverwaltungsgerichts abgewiesen wurde mit der Begründung, die nachrichtendienstliche Beobachtung von Funktionären einer des Extremismus verdächtigen Partei sei rechtlich zulässig.

Trotz all der Äußerungen – von denen nur einige wenige erwähnt wurden – hat die Öffentlichkeit kaum darüber debattiert.

Man hat sich eben schon an diese Partei gewöhnt. Manche Medienvertreter haben dafür seit einigen Jahren kräftig gesorgt. Wie beispielsweise Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung, der den Bundespräsidenten in einem Kommentar vom 3. November 2014 massiv angriff, weil er aus seiner Abneigung gegen „Die Linke“ kein Hehl machte. „Die verbale Versessenheit auf das Wort ‚Unrechtsstaat‘ hat etwas Gesslerhuthaftes.“ Zumal die Linke, obwohl noch viele alte Stasileute in ihren Reihen sind, gezeigt hat, „daß man mit ihr einen Staat machen kann“. – Na dann: Ein Hoch auf die alten Funktionäre! Ohne sie wären ja die neuen Bundesländer in Politik und Verwaltung zugrunde gegangen. Prantl zählt auf, wie oft Die Linke nach 1989 schon mit der SPD in verschiedenen Bundesländern regiert hat. Das hat nichts mit dem anzuerkennenden Votum der Wähler zu tun. Es liegt lediglich am Verhalten der SPD, die um der Macht willen mit der Linkspartei koalierte. Solche mediale Anerkennung postkommunistischer Potentaten ist unerträglich.

Auch Stefan Berg im „Spiegel“ vom 17. November 2014 macht sich große Sorgen, wie lange denn den einstigen SED-Funktionären und ehemaligen Zuträgern der Stasi noch ihr Leben im DDR-Staat vorgehalten werden soll. Er fragt deshalb, wie es um die Integration der Menschen, die gemeinhin als DDR-Elite bezeichnet werden, steht. Und stellt fest: „Die Demokratie in den nicht mehr ganz neuen Ländern ist ohne den Beitrag der heutigen Linken und ihrer Anhängerschaft nicht vorstellbar.“ – Leider wurden die Profiteure des SED-Staates nach der Wiedervereinigung schändlicherweise ihrer Privilegien beraubt. Das tut einem wirklich leid. Also, breitet endlich über die Funktionäre und Stasi-Mitarbeiter den Mantel des Schweigens. Einmal muß Schluß sein!

Halten wir fest: Von den annähernd zwei Millionen ehemaligen SED-Mitgliedern spricht heute kein Mensch mehr. Sie haben sich längst integriert. Es geht, auch bei den Äußerungen von Bundespräsident Gauck, um die SED-Funktionäre, die den Un-

rechtsstaat beherrschten und mit Willkür herrschten.

Bei all dem hat man einen „kleinen Personenkreis“ vergessen, übersehen oder bewußt ignoriert, jenen, der durch die Lager und Zuchthäuser der DDR gegangen ist. Diese Männer und Frauen (ja, sie haben wohl gelitten) mögen doch – und

Katastrophale Mischung aus Provokation und Agitprop

Stefan Berg baut sogar eine Brücke zu Mandela – ihre Hände den Häschern reichen, ohne zu fragen, was sie denn getan haben, und ohne daß die SED-Elite sich bei den Geschundenen und Angehörigen der Umgekommenen öffentlich entschuldigt hat. Man hat wirklich den Eindruck, solche Publizisten-Argumente sind eine katastrophale Mischung aus Provokation und Agitprop. Und die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft haben keine Chance mehr, daß ihr Freiheitskampf bei diesen Journalisten noch Würdigung und Anerkennung findet.

Angesichts derartiger, immer häufiger auftauchenden Bekenntnisse dürfte Gysis Bemerkung über das „Kippen“ in der Bevölkerung keineswegs ein utopischer Gedanke sein. Er selbst spricht ja fortwährend davon, daß seine Partei die Republik verändern wolle. Oder man wolle den Staat umbauen, vergesellschaften, was nach Sarah Wagenknecht Enteignung der Banken, Versicherungen und Großindustrie bedeutet. Wer dagegen berechnete Argumente anführt, wird entweder ignoriert oder als Antikommunist verunglimpft. (Man hat heutzutage kein solcher mehr zu sein!) Die Debattenkultur entgleitet den Demokratievertheidigern immer häufiger. Sieht das niemand?

Jochen Stern

Aufarbeitung von DDR-Unrecht

Vergessene DDR-Opfergruppen fordern ihre Aufnahme in die Rehabilitierungsgesetze

Kundgebung am Sonnabend, dem **18. April 2015**, von 11 bis 13 Uhr, an der Weltzeituhr auf dem Berliner Alexanderplatz

Eine Veranstaltung von OvZ-DDR e.V. (Hilfe für die Opfer von Zwangsadoptionen) in Kooperation mit der UOKG e.V.

„Es sind eure Akten!“

UOKG-Verbandetreffen am 28. und 29. März in Berlin

(st) Im Mittelpunkt des ersten Verbandetreffens 2015 standen „Neue Publikationen zu speziellen Formen und gesundheitlichen Folgen politischer Repressionsmaßnahmen“. Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, war gekommen, um die Teilnehmer über den Stand der Arbeit seiner Behörde zu informieren. Die Antragszahl sei gestiegen, berichtete er, doch die Bearbeitungszeit



Roland Jahn: „Veränderung ja, aber immer zum Besseren.“

sei noch immer lang. Deshalb sollten Antragsteller, die ehemalige politische Häftlinge, über 75 oder krank seien bzw. die Unterlagen zur Beweisführung bei einem Rehabilitierungsverfahren brauchen, deutlich auf dem Formular die Dringlichkeit vermerken. Ein Wiederholungsantrag lohne sich, erklärte Jahn, weil viele Akten erst im Laufe der Zeit einsortiert wurden oder rekonstruiert werden mußten. Ziel sei es, zerrissene Akten weiter zu rekonstruieren, denn „es darf nicht sein, daß die Stasi bestimmt, was wir lesen dürfen und was nicht. Es sind eure Akten!“ Hinsichtlich der Beratungen über die Zukunft seiner Behörde müsse gelten: „Veränderung ja, aber immer zum Besseren.“

Dr. Karl-Heinz Bomberg, Arzt für Psychotherapie und Psychoanalyse, stellte ein neu erschienenes Buch vor, das er gemeinsam mit Dr. Stefan Trobisch-Lütge herausgegeben hat: „Verborgene Wunden – Spätfolgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre transgenerationale Weitergabe“. Die Publikation sei eine Mischung aus der Darstellung des aktuellen Standes von medizinischer Wissenschaft und Behandlungspraxis sowie den Problemen der Weitergabe an die nächste Generation. Bomberg schilderte beeindruckende Fallbeispiele von Eltern-Kinder-Beziehungen unter Trau-

ma-Vorzeichen. Kinder müßten sich mit den Mißtrauensproblemen ihrer Eltern auseinandersetzen. Die Lebensgeschichte der Nachkommen sei oft von der Verfolgung der Eltern geprägt. Dabei spiele der Schädigungsgrad der Eltern eine wichtige Rolle. Das Schweigen der Eltern vertiefe wiederum das Mißtrauen der Kinder. Nach seinem Vortrag sang Bomberg zur Gitarre für die Teilnehmer noch zwei von ihm geschriebene Lieder.

Über die Neuerscheinung „Disziplinierung durch Medizin. Die geschlossene Venerologische Station in der Poliklinik Mitte in Halle(Saale) 1961 bis 1982“ referierte einer der Autoren, Dr. Maximilian Schochow, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte

und Ethik der Medizin an der Martin-Luther Universität Halle. Sein Bericht war erschütternd. Die Frauen seien zwangseingewiesen worden, „Männer haben eine Packung Penicillin in die Hand gedrückt bekommen und wurden nach Hause geschickt“. Von den jährlich ca. 270 Frauen seien lediglich 30 Prozent geschlechtskrank gewesen. Laut Hausordnung von 1962 war Zweck des Aufenthalts, die Frauen zu „sozialistischen Bürgern“ zu machen. Die Betroffenen im Alter zwischen 12(!) und 72 Jahren wurden jeden Tag einer gynäkologischen Untersuchung unterzogen, isoliert, durften keinen Besuch erhalten und wurden von Ärzten, Pflegern und Stubenältesten mißhandelt. Bis heute erhalten sie keine Entschädigung.

Im Bericht des Vorstands konnte UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner als Erfolg vermelden, daß der Heimkinderfonds von ursprünglich 40 auf 360 Millionen Euro aufgestockt wurde. So könnten alle fristgerecht Angemeldeten ihre Zuwendung erhalten. Wagner kritisierte allerdings die Anmeldebefristung und das Fehlen von Eingangsbestätigungen nach Antragstellung. Die Häftlingshilfe-Stiftung in Bonn habe beschlossen, den bei Kriegsende deportierten Frauen eine Einmalzahlung über 3000 Euro im voraus zu gewähren.


Die Summe müsse jedoch, so Wagner, mindestens an jene für Spätaussiedler (6000 Euro) angeglichen werden. Auch dürfe dies keine Abschlußzahlung sein. Als Opfer-Vertreter in der Expertenkommission für die Zukunft der Behörde des BStU nach 2019 gebe es für ihn drei unverhandelbare Standpunkte, legte Rainer Wagner dar: 1. Der Leiter der Behörde dürfe weiter nur vom Bundestag eingesetzt werden und diesem verantwortlich sein, seine Kompetenzen sollten auf die Aufarbeitung kommunistischer Diktatur erweitert werden. 2. Der Aktenbestand müsse komplett erhalten bleiben und dürfe nicht teilweise ausgegliedert werden. 3. Das mit dem Arbeitstitel „Campus der Demokratie“ bezeichnete Projekt sei unverzichtbar. Zum Stand der Mahnmalinitiative berichtete Anna Michels-Boger, daß in jüngster Zeit „viele Türen geöffnet werden konnten“. Nach der Sommerpause solle es zu dem Thema eine Anhörung im Bundestagsausschuß für Kultur und Medien geben. Es werde ein möglichst fraktionsübergreifender Entschließungsantrag im Bundestag angestrebt.

Die Verbandsvertreter verabschiedeten eine Resolution für den Erhalt der Beratungsstelle Gegenwind in Berlin, deren Finanzierung nicht mehr gesichert ist, und votierten einstimmig dafür, sich einem



Fotos: N. Radlitz

Karl-Heinz Bomberg singt Lieder zur Gitarre.

Offenen Brief der sächsischen Verbände an die Expertenkommission zur Zukunft der BStU anzuschließen, in dem u.a. die Schließung der Behörde und die Überführung ins Bundesarchiv abgelehnt werden. Als neues UOKG-Mitglied wurde der Förderverein Gedenkstätte Bautzen e.V. aufgenommen. 

26. Bautzen-Forum

Das 26. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung findet statt am 28. und 29. Mai 2015 in Bautzen, Bautzener Brauhaus, Thomas-Mann-Straße 7.

Thema: Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland

Donnerstag, 28. Mai

10.00 Uhr – Eröffnung und Grußworte von Matthias Eisel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen, Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V., Martin Dulig, Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, und Christian Schramm, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

10.45 Uhr – 25 Jahre Deutsche Einheit und das Erbe der DDR, Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Everhard Holtmann, Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle/Saale

12.00 Uhr – Mittagessen

13.30 Uhr – Der Umgang der ehemaligen Blockparteien mit ihrer Geschichte, Vortrag und Diskussion mit Christoph Wunnicke, Historiker, Gutachter für die

Enquete-Kommission Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Brandenburg

14.45 Uhr – Kaffeepause

15.30 Uhr – Die historische, politische und juristische Aufarbeitung des SED-Staates, Podiumsdiskussion mit Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Prof. Dr. Gert Weißkirchen, Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Prof. Dr. Klaus Marxen, ehemaliger Richter, Kammergericht Berlin (Strafsenat), Moderation Wolfgang Brinkschulte, MDR-Fernsehen

18.00 Uhr – Einladung zum Imbiß im Innenhof der Gedenkstätte Bautzen

19.00 Uhr – „Ratzel speist im Falco“ – Politsatire zu den Ereignissen im Herbst 1989, Theaterstück von Erich Loest, Sonderveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzen, Weingangstraße 8a

Freitag, 29. Mai

9.00 Uhr – Widerstand im Alltag der SBZ und DDR, Zeitzeugengespräch mit Gesine

Oltmanns, Bürgerrechtlerin, Stiftung Friedliche Revolution, Leipzig, Jochen Stern, Schauspieler, vom sowjetischen Geheimdienst wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer Spionageorganisation verurteilt, inhaftiert 1946-1954, Wolfram Tschiche, Bürgerrechtler, wegen oppositioneller Tätigkeit inhaftiert, Prof. Dr. Harald Wagner, Evangelische Hochschule Dresden, Moderation Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

11.00 Uhr – Kaffeepause

11.30 Uhr – 25. Jahre danach. Das Bild der DDR in Gesellschaft, Medien und Schule, Podiumsdiskussion mit Stephan Dorgerloh, Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Christoph Links, Verleger, Ch. Links Verlag, Peter Wensierski, Redakteur, Nachrichtenmagazin Der Spiegel, Moderation Eileen Mägel, Dresden

13.30 Uhr – Ende des Forums

Verbindliche Anmeldung bis zum 22. Mai 2015 bei:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen, Burgstr. 25,
04109 Leipzig, Tel. (03 41) 960 24 31,
Fax (03 41) 960 50 91 

26. Gedenkveranstaltung Internierungslager Ketschendorf

Die Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5 e.V. lädt ein zur 26. Gedenkveranstaltung für die Opfer und Betroffenen des Internierungslagers. Sie findet statt am Sonnabend, dem **9. Mai 2015**.

Beginn um 11.00 Uhr mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Martin-Luther-Kirche Fürstenwalde-Süd, Schillerstraße. Die Predigt hält Generalsuperintendent Martin Herche, Görlitz.

Fortsetzung um 12.30 Uhr in der Gedenkstätte in der Reifenwerksiedlung, Platz des Gedenkens (An der Autobahn) mit dem Niederlegen von Blumengebinden und Worten der Würdigung und des Gedenkens von Vertretern der Stadt, des Landkreises und des Landes Brandenburg. Musikalische Gestaltung: Mitglie-

der des Bläserchors der St. Marien-Domgemeinde.

Das Internierungslager Ketschendorf wurde Ende April 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht in der Arbeitersiedlung der Deutschen Kabelwerke, der späteren Reifenwerksiedlung eingerichtet. Es war das erste und eines der schlimmsten Lager. Mehr als 10 000 Menschen im Alter von zwölf bis 72 Jahren wurden hier interniert, von denen bis zur Auflösung des Lagers im Februar/März 1947 nach neuester Recherche 4721 ums Leben kamen.

Die Toten wurden außerhalb des Lagers in der Nähe der Autobahn in Massengräbern verscharrt. Im Rahmen von Baumaßnahmen in der Reifenwerksiedlung (1952/53) wurden die Massengräber geöffnet, die sterblichen Überreste unter strenger Geheimhaltung exhumiert und auf dem Waldfriedhof Halbe auf mehreren Grab-

feldern begraben. Die Grabplatten trugen die Aufschrift „Unbekannt † April 1945“.

Im Osten Deutschlands waren die Überlebenden des Lagers und die Angehörigen bis 1990 zum Schweigen über das Lager und seine Opfer verurteilt. Bis zur Friedlichen Revolution 1989/1990 existierte das Lager Ketschendorf in der öffentlichen Wahrnehmung nicht.

Am 8. Mai 1990 wurde zum ersten Mal in einer öffentlichen Gedenkveranstaltung an das Lager erinnert und der Toten gedacht. Seit Mai 2004 erinnern auf dem Waldfriedhof in Halbe Steinplatten mit 4621 Namen an die Opfer des Internierungslagers Ketschendorf.

Von der Initiativgruppe wurde im Herbst 2014 ein Totenbuch für das Internierungslager herausgegeben, in dem 4721 Opfer des Lagers mit Namen, Geburtsdatum, Geburtsort, letztem Wohnort und Sterbedatum verzeichnet sind.

Eckhard Fichtmüller, Vorsitzender

Suchanzeigen

Ehemalige Internierte und SMT-Verurteilte!

Am 24. November letzten Jahres trugen zahlreiche Initiativgruppen und Aufarbeitungsinitiativen dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke ihren Wunsch vor, einen ehrenden Empfang für die heute noch lebenden ehemaligen Internierten und durch die Sowjetischen Militärtribunale im Land Brandenburg Verurteilten auszurichten. Vor allem sollte nicht nur ihrer Opfer gedacht, sondern auch ihre Lebensleistung und ihr Beitrag für die Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates in Deutschland gewürdigt werden. Der Ministerpräsident erklärte sich dazu bereit. Damit möglichst zahlreiche ehemalige Häftlinge eingeladen werden können, ist es wichtig, deren aktuelle Anschriften zusammenzutragen. Nicht alle von ihnen sind heute in einer der Lagergemeinschaften organisiert.

Deshalb: Wenn Sie ehemalige/r Internierte/r oder durch die Sowjetischen Militärtribunale im Land Brandenburg Verurteilte/r sind, schicken sie bitte ihren Namen und Ihre Adresse an die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Hegelallee 3, 14467 Potsdam, oder per E-Mail an aufarbeitung@lakd.brandenburg.de.

Der Wunsch der Lagergemeinschaften ist es auch, daß diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen an solch einem Empfang in Potsdam nicht teilnehmen können, zumindest einen Brief des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg erhalten.

Rainer Potratz, Mitarbeiter LAKD

Frauen in Haft zwischen 1953 und 1972

Im Rahmen eines Interviewprojektes für die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur suche ich Frauen, die zwischen 1953 und 1972 in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert waren. Bitte melden Sie sich bei: Alexandra Pohlmeier, Tel. (0 15 78) 488 29 69.

Wer kann Auskunft geben?

Im Zusammenhang mit dem oben erwähnten Interviewprojekt suche ich Frau Gunna Bohne aus Dresden. Bitte melden Sie sich mit Hinweisen bei: Alexandra Pohlmeier, Tel. (015 78) 488 29 69.

Spendenaufruf

Liebe Freunde und Kameraden der UOKG,

vom großen Berg der Probleme haben wir im vergangenen Jahr, nicht zuletzt durch Ihre Mithilfe, einen Teil abtragen können. Bei der Anerkennung von Haftzwangsarbeit, durch das große Unternehmen Deutsche Bahn, ging es voran, die Opferrente wurde immerhin etwas erhöht, die UOKG agiert mit Politikern und Institutionen auf Augenhöhe, der Dachverband wurde auch durch die Aktivitäten der einzelnen Mitgliedsverbände gestärkt.

Jetzt geht es darum, mit vereinter Kraft endlich eine Entschädigung für die Haftzwangsarbeit zu erkämpfen. Auch die Rentensituation der ehemaligen DDR-Flüchtlinge ist so nicht hinnehmbar. Nach wie vor sind viele Opfergruppen von Rehabilitation und Entschädigung ausgeschlossen. Die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden muß über kosmetische Änderungen hinaus wesentlich verbessert werden, die Zeit drängt. Die Vererbbarkeit der Opferrente, die Änderung der Bedürftigkeitsklausel und die Streichung der Mindesthaftzeit stehen ebenfalls aus. Und noch immer warten wir auf einen Beschluß des Bundestages zur Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft.

Liebe Freunde und Kameraden, auch in diesem Jahr sind wir auf Ihre Spenden angewiesen. Vieles wird sowieso ehrenamtlich geleistet. Um unsere politischen Forderungen durchsetzen und die Beratungsarbeit erfolgreich fortsetzen zu können, brauchen wir aber dringend Eigenmittel. Bitte helfen Sie uns mit einer großzügigen Spende, die vielfältigen Aufgaben, die 2015 vor uns stehen, zu bewältigen.

Rainer Wagner, Bundesvorsitzender der UOKG

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus:

UOKG-Finanzverwaltung, c/o Ewald Ott, Germanenstr. 36, 53859 Niederkassel. Bitte Adresse angeben!)

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 13347 Berlin vom 9.4.2013 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

U O K G e. V.

IBAN

DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

DEUTDE33

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Datum

Unterschrift(en)


Art.-Nr.: 113 360
423 100

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Bautzen-Treffen 2015

(bk) Das Bautzen-Komitee lädt ganz herzlich zum alljährlichen Bautzen-Treffen ein. Es findet am **27. Mai 2015** im Restaurant „Lusatia“, Löbauer Straße 26, in Bautzen statt.

Ca. 8.00 Uhr kann zuvor wieder die JVA („Gelbes Elend“) besucht werden. Wer am Rundgang teilnehmen möchte, wird gebeten, schnellstmöglich der Geschäftsstelle des Bautzen-Komitees, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen, folgende Daten schriftlich mitzuteilen: Name, Vorname, Geburtsdatum, Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Wohnort sowie Nummer des bei dem Rundgang mitgeführten Personaldokuments.

Um 16.30 Uhr findet in der Gedenkkapelle auf dem Karnickelberg ein ökumenischer Gottesdienst mit anschließender Kranzniederlegung statt. 

Beratungstage in Niedersachsen

Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung leben in Niedersachsen noch zahlreiche Opfer des SED-Regimes. Um möglichst viele Betroffene ortsnahe über bestehende Hilfsangebote zu informieren, organisiert das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport – Referat 63 – regelmäßig Beratungstage vor Ort.

Die Beratungen werden von fachkompetenten Vertretern der Opferverbände und des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer sowie Fachleuten aus Sachsen-Anhalt unterstützt. Einige der

Berater waren selbst Opfer der Diktatur in der DDR.

Die diesjährigen Beratungstage werden stattfinden am:

Dienstag, 19. Mai 2015, von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Kreishaus des Landkreises Cuxhaven, Raum 20, Vincent-Lübeck-Straße 2, 27474 Cuxhaven, sowie am **Dienstag, 13. Oktober 2015**, von 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Kreishaus des Landkreises Lüneburg, Gebäude 1, Eingang A, Fraktionszimmer, Auf dem Michaeliskloster 4, 21335 Lüneburg

Betroffene können sich bei den Veranstaltungen unter anderem über die nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen des Bundes bestehenden Rehabilitierungsmöglichkeiten informieren.

Zudem besteht die Möglichkeit, Anträge auf Einsichtnahme in die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gegen Vorlage des Personalausweises zu stellen bzw. sich zur Antragstellung beraten zu lassen. Eine Voranmeldung zu einer Beratung ist nicht notwendig. Anträge auf Rehabilitierung können noch bis zum 31. Dezember 2019 gestellt werden.

Telefonische Rückfragen sind an den jeweiligen Beratungstagen während der vorgenannten Sprechzeiten unter den Telefonnummern (047 21) 66-20 28 (Landkreis Cuxhaven) und (041 31) 26-14 29 (Landkreis Lüneburg) möglich.

Die Räume sind barrierefrei erreichbar.

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Gedenkveranstaltung in Neubrandenburg-Fünfeichen

(rl) Am **9. Mai 2015** um 14.00 Uhr findet in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen eine Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, des 70. Jahrestages der Befreiung des Kriegsgefangenenlagers Stammlager IIa sowie des 70. Jahrestages der Errichtung des Speziallagers 9 des NKWD statt. Ein Höhepunkt der Veranstaltung ist die Einweihung des neu gestalteten Kriegsgefangenenfriedhofs auf dem Gelände der Gedenkstätte.

*Kriegsgräberfriedhof:
14.00 – ca. 15.30 Uhr*

Begrüßung – Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, Dr. Paul Krüger

Gedenkrede – Markus Meckel, Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Grußworte – Botschaft der Russischen Föderation, Lorenz Cafier, Minister für Inneres und Sport des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Erlebnisberichte und Einzelschicksale – Jugendliche des Albert-Einstein-Gymnasiums Neubrandenburg

Kranzniederlegung

Rundgang und Einweihung der neu gestalteten Grabanlage der Kriegsgefangenen

Läuten der Glocke

Gemeinsamer Gang zum südlichen Gräberfeld der Internierten

Südliches Gräberfeld der Internierten: ca. 15.30 – 16.15 Uhr

Begrüßung – Dr. Rita Lüdtke, Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen


Ökumenische Andacht – Pröbstin Christiane Körner und Pfarrer Felix Evers

Erlebnisbericht eines ehemaligen Häftlings – Siegfried Lottenburger

Rezitation – Schüler des Gotthold-Ephraim-Lessing-Gymnasiums Neubrandenburg

Kranzniederlegung

Dankesworte – Dr. Rita Lüdtke, Leiterin der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen

Das Heeresmusikkorps unter Leitung von Oberstleutnant Christian Prchal sorgt für die musikalische Gestaltung. 

Veranstaltungen

16.4. (Do):

„Die indiskrete Gesellschaft“ Studien zum Denunziationskomplex und zu inoffiziellen Mitarbeitern, Vortrag u. Buchvorstellung von Dr. Helmut Müller-Enbergs, Syddansk Universitet, Odense, Mod. Ulrike Poppe, LAKD; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

18.4. (Sa), 11.00 Uhr:

Kundgebung „Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Vergessene DDR-Opfergruppen fordern ihre Aufnahme in die Rehabilitierungsgesetze“; Veranstaltung d. OvZ-DDR e.V. u.d. UOKG e.V.; Ort: An der Weltzeituhr, Berlin-Mitte, Alexanderplatz

21.4. (Di), 19.00 Uhr:

DDR 1990 – Zwischen Revolution und Vereinigung, „Der Weg zur D-Mark: Vom Mauerfall zur Wirtschafts- und Währungsunion“, Vortrag v. André Steiner; Veranstaltung d. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße u.a.; Ort: Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

22.4. (Mi), 19.30 Uhr:

Sehnsucht nach der DDR. West-Ost-Migranten – und wie die Stasi sie überwachte, Ref. Dr. Tobias Wunschik, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Schwerin u.a.; Ort: Schleswig-Holstein-Haus, Puschkinstr. 12, 19055 Schwerin

23.4. (Do), 19.00 Uhr:

„Ilona – Verführt zur Stasi-Agentin in Bonn“, Lesung mit Autorin Vera Wendt; Veranstaltung d. Anthea Verlags; Ort: Stasi-Museum, Raum 614, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin

25.4. (Sa), 18.00–01.00 Uhr:

16. Leipziger Museumsnacht in der **Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“** unter dem Motto „Kopfkino“; ständige Führungen Post- und Telefonkontrolle, Operative Personenmaskierung, Inoffizielle Mitarbeiter, Untersuchungshaft, Aktenvernichtung; 21.00 Uhr: Filmvorführung im Kinosaal „Stasi-Schulungsfilme“; 23.00 Uhr: Filmvorführung im Kinosaal „Im Auge der Macht – die Bilder der Stasi“; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

25.4. (Sa), 18.00–01.00 Uhr:

16. Leipziger Museumsnacht unter dem Motto „Kopfkino“, 20.00 Uhr: Vom Mythos der Allmacht – Die Stasi im DEFA-Film, Vortrag v. Dr. Andreas Kötzing, HAIT Dresden; ab 19.00 Uhr zu jeder vollen Stunde bis 23.30 Uhr szenische Lesung aus den Stasi-Akten; 21.00 Uhr u. 23.00 Uhr: Die überwachte Gesellschaft, Vortrag v. Detlev Vreisleben über operative Foto- und Abhörtechnik der Stasi; nonstop Rundgänge durch das Archiv, Ausstellungen,

Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

Gleich zu Anfang präsentiert Autor Enrico Heitzer eine merkwürdige Theorie, nach deren Kenntnisnahme der Leser große Teile der Untersuchungsergebnisse voraussagen kann. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) bestand nach seiner Ansicht aus einem „Schaufenster“, in dem ein humanitäres Anliegen präsentiert wurde, und einem „Hinterzimmer“, in dem die wirklichen Aktivitäten stattfanden (S.39). Zum „Schaufenster“, also dem die wahren Absichten verhüllenden Beiwerk, gehörte nach Heitzers Darstellung der Such- und Hilfsdienst, dessen 750 000 Einträge in der Zentralkartei über Häftlinge, Verschwundene und stalinistische Funktionäre in der DDR er auf ganzen zwei Druckseiten abhandelt (S.48 f).

Wenig Beachtung finden auch die Biographien der im „Schaufenster“ tätigen Mitarbeiter der KgU. Daß acht von ihnen in sowjetischen Gefängnissen oder Lagern gewesen seien, möchte Heitzer „in dieser Eindeutigkeit ... in Zweifel ziehen.“ (S. 87) Der 30- bis 40-köpfigen Gruppe der Gründer attestiert der Autor, daß „auffällig viele“ dem baltendeutschen Adel angehörten. Sowieso sei „gemessen am Bevölkerungsdurchschnitt ... die Quote von Adligen außerordentlich hoch“ gewesen, weswegen Heitzer von einem „Adelsnetzwerk“ spricht (S.93). Nicht alle Mitarbeiter seien „am Schießkrieg“ beteiligt gewesen, überwiegend aber an der „geistigen Kriegsführung“ des NS-Regimes. Unter den „nicht adeligen“ befand sich eine größere Anzahl von Personen, die als „NS-Propagandisten, Geheimdienstler, Militärs, aber auch teilweise im SS-Apparat tätig waren.“ (S.109) Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Heitzer auch in der Präsentation der V-Leute, unter denen sich neben einer nicht genannten Zahl von „Demokraten“ und sieben Sozialdemokraten eine Unzahl von ehemaligen NS-Aktivistinnen und „Militanten“ befanden. Die Motive der letzteren ließen „sich oft nicht ergründen, aber antikommunistische Hassgefühle sind bei den Militanten ebenfalls als treibende Kraft anzusehen.“ (S.156) Ob mit den 95 in Tabellenform präsentierten biographischen Splittern ein repräsentativer Querschnitt des bereits 1950 „mindestens 500 Personen“ (S. 215) umfassenden Netzwerkes erreicht wurde, bleibt offen.

Ein anderes Ergebnis paßte auch nicht zum Resümee des Autors, die KgU sei eine „Inkarnation des Antikommunismus“, die (nur) für „etliche Einwohner der SBZ/DDR“ mehr als ein „bloßes Vehikel des US-Geheimdienstes“ gewesen sei (S. 471).

Mit seiner wohlfeilen Aufteilung in „Schaufenster“ und „Hinterzimmer“ entzieht sich Heitzer dem eigentlichen Problem der damaligen Akteure, nämlich der Frage: Welche Mittel waren dem Kampf gegen die Unmenschlichkeit angemessen, welche schadeten der eigenen Menschlichkeit? Heitzer zitiert zwar das Motto der Gründungsversammlung „Nichtstun ist Mord“, bestreitet aber daraus resultierende Motive der Gründer (S. 42). Gerhard Finn, Mitbegründer der KgU, hat diese Motive vor der Enquetekommission des Bundestages dargestellt: eine totalitäre Diktatur sollte sich in Deutschland unter keinen Umständen wiederholen (Gerhard Finn: Zeitzugebericht über die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Materialien der Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Hrsg: Deutscher Bundestag, Nomos Verlag, Baden-Baden 1995, Bd. 7.1, S. 38ff.). Spannend wäre auch die Frage gewesen, ob nicht die Beschaffung authentischer Informationen aus der DDR, einschließlich Militärspionage, als sinnvolles Gegenmittel gegen die kommunistischen Pläne der Weltrevolution, von denen erst Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Januar 1956 offiziell abrückte, empfunden werden konnte.

Sicherlich wird man Heitzer darin zustimmen, daß einige Aktionen, die von der KgU imitiert, gefördert, geduldet oder ihr



Enrico Heitzer: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948-1959 (Zeithistorische Studien), Böhlau Verlag, Köln 2015, 550 S., 64,90 €



schlicht von der Staatssicherheit zugeschieden wurden, Tote und Verletzte in Kauf nahmen und damit die Grenze der Handlungsmöglichkeiten im Namen der Menschlichkeit überschritten. Um „schlichte“ Sabotageakte an technischen Anlagen zu begehen, antikommunistische Losungen an die Wände zu malen, stalinistische Funktionäre einzuschüchtern – dazu bedurfte es keiner Aufforderung. Damit bewegte sich die KgU im Rahmen dessen, was sowieso in der DDR stattfand. Die Akten sind voll von solchen Berichten.

Sieht man einmal davon ab, daß Heitzer mehrfach den methodischen Fehler begeht, aus einzelnen Dokumenten auf den gesamten Charakter der KgU oder aus Planspielen auf die Wirklichkeit zu schließen, erwartet den Leser eine Fülle von Details, die ein weiteres Urteil Heitzers untermauern: „Die Vielschichtigkeit der KgU ist schwer auf den Punkt zu bringen.“ (S. 471) Damit hat Heitzer unbestreitbar Recht. Nur, für welches historische Phänomen gilt das nicht?

Christian Sachse

Deutsches Schicksalsjahr 1989 – miterlebt von einem Wiener Journalisten

Der Autor war etliche Jahre Deutschland-korrespondent der größten Zeitung Österreichs und der einzige, den sowohl Bonn als auch Ost-Berlin akkreditierten. Fünf Jahre fungierte er als Vorsitzender des Vereins der Auslandspresse am Rhein, hatte damit Zugang zu höchsten Politikern in Ost sowie West und sah vieles hinter den Kulissen, was den meisten verborgen blieb. Der Leser spürt bei seinen Erinnerungen, daß er bei all seinem Wiener Charme die Wahrheit als größte Verpflichtung ansieht.

Wer denkt noch an die Tausenden DDR-Flüchtlinge, die die Botschaft der Bundesrepublik in Warschau lahmlegten und denen die Kirche mit Unterkünten half, wer weiß noch, daß letztlich Solidarność dafür

West-Berliner SPD-Senatorin Pfarr (zuständig für Bundesangelegenheiten) angesichts der Reise des Kanzlers nach Warschau beim Bundeskanzleramt an, „ob für den Fall, daß demnächst die Mauer aufgehe, irgend etwas vorbereitet sei“. Doch dort wurde sie ausgelacht. Ihre Reaktion: „Reine Ignoranz.“ Verständlicherweise mußte Kohl seine Verhandlungen in Warschau unterbrechen und nach Berlin fliegen, wo der Regierende Bürgermeister Walter Momper ohne Ankündigung mit dem Kanzler eine Kundgebung durchführte – bei der er jede Wiedervereinigung verneinte und nur von „Wiedersehen“ sprach.

Als unmittelbarer Zeitzeuge erinnert sich der Verfasser, daß Willy Brandts berühmter Satz, „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“, niemals bei seiner Rede am Schöneberger Rathaus fiel, sondern später in Interviews, und er ihn „nachträglich in den Abdruck seiner Rede einfügte“. Das „Schlüsselerlebnis“ für Kohl war indes erst sein Besuch in Dresden, wo er die Sehnsucht der Bevölkerung nach der Einheit überdeutlich spürte. Wen konnten da noch die freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 überraschen mit ihrer Wahlbeteiligung von 93 Prozent, die höchsten bei demokratischen Wahlen in Deutschland jemals erreichten. Und das, obwohl nach vielen Eindrücken des Autors die ursprüngliche Aufbruchstimmung da schon weitgehend vorbei war: Die Arroganz mancher westdeutscher Politiker hatte viele Empfindlichkeiten der Menschen getroffen.

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen spielte dabei kaum eine Rolle. Zuständig für die Beziehungen zur DDR war das Bundeskanz-



Ewald König: Kohls Einheit unter drei – Weitere deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2014, 248 S., 14,95 € („Unter drei“ heißt im politischen Betrieb der Bundeshauptstadt: Hintergrundinformation, nicht zur Veröffentlichung bestimmt.)

Veranstaltungen

Filmvorführungen, Bürgerberatung u. Antragstellung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

26.4. (So), 18.30 Uhr:

„**Moses – Ein Experiment**“, Lesung mit Autorin Barbe Maria Linke; Veranstaltung der Leselounge Birgit Bauer; Ort: KunstRaum Ko, Meraner Str. 10, 10825 Berlin-Schöneberg

28.4. (Di), 18.00 Uhr:

„**Verborgene Wunden. Spätfolgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre transgenerationale Weitergabe**“, Buchvorstellung mit den Herausgebern Dr. Stefan Trobisch-Lütge u. Dr. Karl-Heinz Bomberg; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

28.4. (Di), 19.00 Uhr:

Stasi-Haft statt Freiheit. Zwei Rostocker, zwei Bremer und eine gescheiterte Flucht 1962, Zeitzeugengespräch mit Manfred Krupski, Horst Hülde, Hans-Jürgen Frommhold, Mod. Dr. Volker Höffer, BStU; Veranstaltung in der Reihe „Unterdrückt-Zerbrochen-Widerstanden. Schicksale in Ostdeutschland 1945-1989“ d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- u. Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

28.4. (Di), 19.00 Uhr:

„**Doppelbett. Ost-West-Paare. Deutsche Porträts und Selbstauskünfte**“, Lesung mit Autorin Christine Stelzer im Rahmen der Deutsch-deutschen Lesereihe im Europasaal; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V.; Ort: Europasaal d. Deutschen Gesellschaft e.V., Voßstr. 22, 10117 Berlin

29.4. (Mi), 19.00 Uhr:

Die gewählte Volkskammer, mit Prof. Dr. Marie-Luise Recker, Frankfurt/M., Referat: Dr. Bettina Tüffers, Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Podiumsdiskussion mit Dr. Dagmar Enkelmann (Die Linke), Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne), Dr. Paul Krüger (CDU), Rolf Schwanitz (SPD); Veranstaltung des Berliner LStU u.a.; Ort: Deutscher Bundestag; Teilnahme nur nach schriftlicher Anmeldung beim Landesbeauftragten bis zum 21. April 2015

29.4. (Mi), 19.00 Uhr:

„**Die Friedliche Revolution in Bautzen II**“, Eröffnung eines interaktiven Besucherungangs; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen u.a.; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

30.4. (Do), 18.00 Uhr:

Ausstellungseröffnung „**Krieg der Worte. Propagandaplakate in der DDR**“; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden; Ort: Außenstelle Dresden, Rieser Str. 7, 01129 Dresden



5.5. (Di), 18.30 Uhr:

Feindobjekt! Die Bürger von Geisa im Visier der Stasi, Ref. Sascha Münzel, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl u.a.; Ort: Gedenkstätte Point Alpha, Haus auf der Grenze, Platz der deutschen Einheit 1, 36419 Geisa

5.5. (Di), 19.00 Uhr:

„Schuld“, Lesung mit Autorin Grit Poppe; im Rahmen der Deutsch-deutschen Lesereihe im Europasaal; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V.; Ort: Europasaal d. Deutschen Gesellschaft e.V., Voßstr. 22, 10117 Berlin

7.5. (Do), 19.00 Uhr:

„Herr Hübner und die sibirische Nachtigall“ von Susanne Schädlich, Buchvorstellung; Veranstaltung d. Gedenkstätte Münchner Platz Dresden; Ort: Gedenkstätte Münchner Platz Dresden, Münchner Platz 3, 01187 Dresden

7.5. (Do), 19.00 Uhr:

„An Gefäßen für das Essen gab es nichts“, Eröffnung der Wechselausstellung; Veranstaltung d. Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße u.a.; Ort: Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Andreasstr. 37a, 99084 Erfurt

9.5. (Sa), 18.00–01.00 Uhr:

Besichtigung des Kaßberg-Gefängnisses im Rahmen der Chemnitzer Museumsnacht; Veranstaltung d. Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V.; Ort: Kaßbergstr. 17, 09112 Chemnitz

12.5. (Di), 18.00 Uhr:

„Die Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder der DDR nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz“, Juristin Dr. Anne-Luise Riedel-Krekeler stellt ihre Studie vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

12.5. (Di), 18.00 Uhr:

Seid bereit! Jungsein in der DDR; Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Erinnerungsort DDR“ d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

17.5. (So), 10.00–18.00 Uhr:

„Der Weg zur deutschen Einheit“, Ausstellungseröffnung im Rahmen des Internationalen Museumstages; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

17.5. (So), 11.00–18.00 Uhr:

Internationaler Museumstag 2015, mit Führungen, Gedenkstätten-Café, antiquarischem Buchverkauf und Gesprächen; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam u.a.; Ort: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

leramt, dem ebenfalls die Ständige Vertretung in Ost-Berlin (faktisch die Botschaft der Bundesrepublik) unterstand. Beide hatten kein Konzept für den Tag X und waren „ahnungslos und unvorbereitet“. Noch im Dezember 1989 vermied die Ministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, von Wiedervereinigung zu sprechen, und – nach einem Eingeständnis gegenüber dem Autor – als 1989 ein US-Diplomat von einer baldigen Einheit sprach, dachte sie über diesen noch: „Mein Gott, wie naiv.“

Kritische Stimmen, welche nicht in den damaligen Mainstream paßten, waren nicht gefragt und wurden schnell als „primitive Antikommunisten“ abgestempelt. Heute, nach 25 Jahren, klingt es fast unglaublich, aber es ist Tatsache, wenn der Verfasser über den damals bevorstehenden Regierungsumzug schreibt: „In Bonn wächst der blanke Haß auf Berlin und die Osis.“ Ebenso oft hörte er die tiefe Befürchtung, die Stadt werde ein Armenviertel werden. Heute versucht die westdeutsche Elite sich mit dummen Ausreden zu entschuldigen, man habe all das nicht gewußt. Der Autor zitiert dazu Professor Leptin von der Freien Universität Berlin mit seiner Antwort: „Aber ihr hättet es wissen können! Ihr hättet bloß zu lesen brauchen, was wir euch geliefert haben.“

Es sind oft recht bittere Worte, die das Buch beinhaltet. Aber jeder, der jene Zeit bewußt miterlebte, weiß, daß sie die Wahrheit darstellen. Und die sollte man nach 25 Jahren zur Kenntnis nehmen, auch wenn sie viele noch immer nicht hören wollen.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Buchtip

Vera Wendt

Ilona. Verführt zur Stasi-Agentin in Bonn

Roman, Anthea Verlag, Berlin 2015, 269 S., 14,90 €

Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis zum 1.5.2015 portofrei 20 Prozent Rabatt gewährt: Anthea Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im April und Mai Geburtstag haben

Kurt Neumann am 2. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Werner Rösler, Rudi Rössel, Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming am 23. April, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kiethe am 27. April, Helmut Zock am 28. April, Fritz Schubert am 2. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritzsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Gutermuth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai, Peter Schnurer am 26. Mai, Sieg-



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo-Fr, 14-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle für ehemalige DDR-Heim- und Jugendwerkhofkinder in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle („Fonds Heimerziehung“)
Tel. (030) 57 79 92 01
Telefonische Sprechzeit: Mi 10-12 Uhr
E-Mail Beratung-DDR-Heimkinder@uokg.de

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

fried Jahnke, Günter Polster am 27. Mai,
Manfred Dominka, Christa Matuszewsky
am 28. Mai, Ursula Palmer am 30. Mai,
Harald Kothe am 31. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die
Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Rüdiger Bernhardt, Gerda Bieber, Ingrid
u. Alfred Czubek, Dr. Karl-Heinrich Ebel,
Heinz Engert, Alfred u. Christel Feicke,
Wolfgang Heilmann, Günther u. Gise-
la Holzer, Waltraut Kindermann, Grete
Klemt, Kurt Kugler, Horst u. Hannelore
Lüttich, Stefan Obst, Eike Christine Rade-
wahn, Fritz Schüler, Dora Schulz, Werner
Schulz, Dr. Heinz Steudel, Hans-Joachim
Stöhr, Michael Teltz, Joachim Tetzlaff,
Werner Thiele, Martina Thierkopf, Helge
Viereck, Fred u. Käthe Wietzoreck, Vera
Wilhelm, Dr. Karl-Adolf Zech

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01

BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck:

„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Manche wechseln die Partei
wegen ihrer Prinzipien.
Andere ändern die Prinzipien
wegen ihrer Partei.

Winston Churchill

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistic- scher Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Vorstandsbeauftragte:

Dr. Christian Fuchs, Theo Mittrup

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: Info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 23. März 2015

